

# Arbeiter-Zeitung

**SPD- und SAP-Genosse  
werde roter Wahlhelfer  
für Ernst Thälmann**

Ercheint wöchentl. 4 Mal  
Bodenlohn = 2,15 M.  
monatlich 2,15 M.  
Zugabe: Die dreiwöchentliche  
Sammlungssonderausgabe  
kostenlos über dem  
Abonnement zum 1. März 1932.  
— Ausnahme: In den  
Ferien um 8 Uhr; in den  
Festtagen am Tage vorher bis 18 Uhr.

**für Schlessien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-  
sprecher 46039. Postfach: Breslau  
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Bücher-  
haus). Fernsprecher 43902. Erscheinung der Redaktion: Montag bis  
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-  
lag: Schlessische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer  
Straße 50. Fernsprecher 46039.

## Werkstätige in Stadt und Land:

# Verteidigt die kommunistische Presse!

**Grzesinski verbietet „Die Rote Fahne“ auf 14 Tage — Entfacht Proteststurm in den Betrieben und auf den Stempelstellen gegen die neu eingeleitete Verbotswelle — Schafft Verteidigungskomitees!**

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtber.) Der sozialdemokratische Parteipräsident Grzesinski hat aufs neue das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, die „Rote Fahne“, auf die Dauer von 14 Tagen bis zum 29. Februar verboten.

Als Verbotshandlung werden drei Artikel vom 11. und 12. Februar, und zwar der Artikel „Massenkampf gegen Hunger, Kälte und Not“ vom 11. Februar, und der Aufruf „Massenkampf gegen den neuen Angriff auf Erwerbslose, Kranke und Invaliden“ und „Stärkt den Kampffonds der kommunistischen Partei, organisiert die Massen vom Kampf gegen die Krise“. In diesen Aufrufen wird, so heißt es in der Verbotshandlung, „auf die Massen der Arbeiterschaft in dem Sinne einzuwirken, die Notwendigkeit außerparlamentarischer Kampfsaktionen an die Massen nahe zu bringen“. In dem Aufruf „Massenkampf gegen den neuen Angriff auf Erwerbslose, Kranke und Invaliden“ heißt es in der Verbotshandlung, „nachdem die heftigsten Maßnahmen der Regierung in heftiger Weise kritisiert worden sind, heißt es noch, daß diese Pläne“ für Einführung der Zwangsarbeit, die Ergänzung der Erwerbslosenunterstützung durch Naturalverpflegung, Vorbereitung der Inflation durch die Forderung auf Kreditvermehrung und durch die indirekte Unterstützung des wagemannischen Inflationsplanes, wenn auch die Pläne als Sache der SPD. und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bezeichnet werden, ist es doch ohne weiteres klar, daß es sich hier nur um eine unbedeutende, die Verbotshandlung erfolgte andere Bezeichnung von politischen Plänen der Regierung; handeln soll. Auch der nächste

Satz „Erwerbslose, glaubt den Betrügern nicht“ ist in diesem Sinne zu verstehen. Am Schluß dieses Aufrufes des Reichskomitees der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der auch von einigen anderen Organisationen unterzeichnet ist, heißt es „Darum macht Sturm im Land, reißt auch ein in den großen Kampf gegen die Krise“. Diese Ausführungen der „Roten Fahne“ verstoßen in verschiedener Hinsicht gegen die Bestimmungen des Reichsverordnungs zur Bekämpfung volkswirtschaftlicher Ausföhrungen.

Es weist geht die Verbotshandlung. Man muß aus ihr den Schluß ziehen, daß in Zukunft die Kritik an der arbeitserleidlichen und verräterischen Politik der SPD. und Gewerkschaftsführer durch Verbot der kommunistischen Presse unmöglich gemacht werden soll.

Die sozialdemokratischen Führer wollen durch eine neue Verbotswelle gegen die kommunistische Presse der kommunistischen Partei, der einzigen Vertreterin proletarischer Interessen, die Möglichkeit nehmen, mit Hilfe der Presse die arbeitenden Schichten gegen die „Erlernen Hindenburgs“, gegen Hindenburg, Brüning, Brüning und Hitler, für den roten Arbeiterkandidaten, für den Kandidaten der Armen zu mobilisieren.

Die Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen müssen ihren Protest gegen das Verbot der „Roten Fahne“ entfallen lassen. Schafft in den Betrieben, Stempelstellen und Wahlvereinen Fortsetzungskomitees für die kommunistische Presse! Daraus mit der heftigsten sozialdemokratischen Presse aus den Arbeiterbetrieben! Verbot der SPD.-Presse!

Tretet nun erst recht für den roten Arbeiterkandidaten ein!

## SPD.-Arbeiter, Gewerkschaftskollegen!

Eure Führer wollen es haben, daß ihr für den kaiserlichen Generalfeldmarschall Hindenburg eintritt. Hindenburg hat die Verbotshandlungen unterzeichnet. Hindenburg ist der Protokollführer des Reichskomitees.

Die unerschütterliche Front der SPD. und Co. muß nun der letzten SPD.-Arbeiter und Gewerkschaftskollegen veranlassen, mit diesen Leuten nicht nur zu brechen, sondern voranzutreiben, unter Führung der SPD. und der KPD die kaiserliche Verbotshandlung zu formieren.

## Imperialistisches Dynamit oder sozialistische Dynamis?

Kreudig bewegt blüht die imperialistische Welt nach Schanghai und Chabin. Der Kriegsbrand im Fernen Osten verspricht ein profitables Geschäft für die Kapitalisten zu werden. In zünftiger Offenheit schreibt das „Salzburger Morgenblatt“: „Aus Gründen der Konjunktur wäre ein Krieg sehr wünschenswert... Ein Krieg würde den Bedarf an Schiffstonnage vergrößern. Das Risiko der Warentransporte würde steigen. Die Preise steigen ebenfalls, und mit ihnen wird die Spekulation zunehmen. Die ganze Welt verfolgt daher mit größter Spannung die Entwicklung in der Mandchurien... Wenn es ernst wird, so bedeutet das eine riesige Stimulation (Antrieb) für das Wirtschaftsleben der ganzen Welt.“ Und den deutschen Imperialisten verleiht die „Berliner Zeitung“ vom 4. Februar:

„Die Weltkrisen begegnen den Ereignissen im Fernen Osten mit einer nicht nur erstaunlichen Ruhe, sondern sogar in einigen Fällen mit einer Art Hoffnungslosigkeit. Die mit der Zunahme der Komplikationen in Schanghai nur zu wachsen scheint... Wir sehen mit jeder neuen Ausdehnung dieses ostasiatischen Konfliktes neue Allianzen und Kohortengruppen in Bewegung kommen... Man wird jedenfalls die Dinge in dieser Richtung mit großer Aufmerksamkeit verfolgen müssen.“

Das Unternehmerorgan gibt den deutschen Kapitalisten dann den Rat, die „recht große Chance für den deutschen Export“ auszunutzen. Die herrlichen Werke der IG. Farben haben denn auch bereits ihre Erzeugnisproduktion erhöht und auf den Schiffen deutscher Reedereien gehen Munitionstransporte nach Ostasien. Schon beginnt die Sozialdemokratie, ihrer historischen Rolle als Agent des Kapitals treu, in die gleiche Kerbe zu hauen. Vorständig wachst, aber dennoch zweckbewußt und planmäßig verfährt die SPD.-Führung, die Dynamitproduktion den Massen als Ausweg aus der Krise vorzugaukeln und manche Arbeiter fallen darauf herein. Nativität heuchelnd, schreibt der „Vorwärts“, daß noch „keineswegs bewiesen ist, für wen“ die Munitionstransporte erfolgen, um die Arbeiter zur Billigung der Munitionstransporte zu verführen.

Zunächst: Kann eine Kriegskonjunktur die zollische Krise und die allgemeine Krise des Kapitalismus befeigen und die Arbeitslosigkeit beheben?

In der ganzen kapitalistischen Welt ist der Produktionsindex tief gesunken. Die Ausnutzung der vorhandenen Kapazität (Produktionsfähigkeit) ist eine geringe. Sie beträgt z. B. in Amerika für Stahl nur noch 25 Prozent. Die industrielle Produktion in Deutschland liegt unter 50 Prozent; die Ausnutzung der Kapazität im deutschen Maschinenbau stellt sich auf 31,7 Prozent. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt in Deutschland über 6 Millionen, in Amerika rund 10 Millionen, in England 3 Millionen, in Japan 2 Millionen, in Italien eine Million, in Frankreich ungefähr ebensoviel. Insgesamt dürfte es über 25 Millionen Arbeitslose geben. Dazu kommen die Kurzarbeiter, in Deutschland an 3 bis 4 Millionen, in Frankreich 2,5 Millionen.

Auch eine Kriegskonjunktur kann angesichts solcher Zahlen keine volle Ausnutzung der Kapazität herbeiführen und nicht die Erwerbslosigkeit liquidieren.

Es ist freilich möglich, daß in jedem kapitalistischen Lande einige zehntausend Arbeitslose eingestellt werden. — Dynamit

# SPD.-Führer für Hindenburg! SPD.-Arbeiter für Ernst Thälmann!

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtber.) Gestern vormittag empfing der Reichspräsident von Hindenburg den Vorkämpfer des Kriegshäufers-Bundes und den Kriegerveierler General der Artillerie von Horn, der ihm das Vertrauen der reaktionären Kriegesverbände ausgesprochen hatte. Im Aufschluß daran erließ Hindenburg eine Kundgebung, die mit den Worten beginnt:

„Nach ernster Prüfung habe ich mich angesichts meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen.“

Das ist mit voller Absicht geschehen, daß Hindenburg die Annahme der Kandidatur unmittelbar nach dem Besuch des General- der reaktionären Kriegesverbände erklärte. Heute Mittag begab sich der Oberbürgermeister von Berlin Sahn mit einer Abordnung des Hindenburg-Ausschusses zum Reichspräsidenten, um ihn zu bitten, daß sein Name auf den Wahlvorschlag gesetzt werden darf. Der jetzige Schritt Hindenburgs, der den Sahn-Ausschluß brüskiert, absichtlich überführt und in den Hintergrund drängt, zeigt, daß sich der Feldmarschall nur als Kandidat der Reaktionskräfte betrachtet, trotzdem setzt sich die sozialdemokratische Führung mit Pauken und Trompeten für Hindenburg ein. Der „Vorwärts“ kündigt in seiner Sonntagsausgabe an, daß die SPD. keinen eigenen Kandidaten aufstellt, sondern für Hindenburg stimmen wird. Dabei befindet sie sich in der Gefolgschaft der Schwerindustrie, die bereits einen Beschluß für Hindenburg gefaßt hat.

# Gewerkschaftsversammlung für Thälmann

Freiburg (Schlessien), 15. Februar. Die am 11. Februar abgehaltene freigewerkschaftliche Holzarbeiterversammlung hat auch zur Reichspräsidentenwahl Stellung genommen. Sie begrüßte die Kandidatur des Genossen Ernst Thälmann. Die Kollegen gelobten, alle ihre Kräfte zur Mobilisierung der Werktätigen für den Kandidaten der Armen, gegen die Kandidaten der Reichen einzusetzen.

Wir erwarten von den Kollegen, daß sie gemäß ihrem Beschluß handeln. Die Gewerkschaftskollegen, die für Thälmann sind, müssen die anderen Kollegen, die hinter den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftssekretären stehen und jetzt für Hindenburg stimmen sollen, der auch der Kandidat des Faschismus ist, für die rote Einheitsfront gewinnen. In allen Gewerkschaftsversammlungen müssen sich die Kollegen für Thälmann, gegen Hindenburg-Brüning-Brüning-Höfer erklären. Die Betriebsbelegschaften, die noch nicht zur Reichspräsidentenwahl Stellung genommen haben, müssen das sofort tun.

Der Genosse Thälmann ist der Kandidat der roten Einheitsfront, es kämpft

**Klasse gegen Klasse!**  
Wer für Hindenburg und die anderen Kandidaten der Kapitalisten eintritt, der tritt für weiteren Lohn- und Unterstützungsabbau, für neue Massensteuern und schändliche Unterdrückung ein! Wer für Thälmann eintritt, der tritt für den Massenkampf unter Führung der KPD. und der KPD. gegen die Politik der Ausbeuterklasse ein! Wer für Thälmann eintritt, der muß mit uns kämpfen gegen die Faschisten aller Schattierungen!

# Hilferufe der Blinden

## Nur die KPD. tritt ernsthaft für ihre Interessen ein!

Breslau. Der Landesblindenverband hatte für Sonntag, den 11. Februar, eine Kundgebung gegen den Abbau der Versorgung und Nahrung in den großen Schneewerderland einberufen. Der Saal war nur mäßig besetzt, was unseres Erachtens auf ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Bürokratie schließen läßt. Anwesend waren eine Reihe Vertreter aus der Provinz. Blindenpfleger Cohn hielt das Referat. Gefordert wurde:

### Kein Abbau, sondern Ausbau der Fürsorge, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Einführung einer Blindenrente.

In der Diskussion nahm als Vertreter der KPD. und der kommunistischen Reichstagsfraktion der Genosse Weder, MdR., stürmisch von der Mehrheit der Versammlung begrüßt, das Wort. Er erklärte, daß nur die KPD., wie sie mit aller Entschiedenheit den Kampf führt gegen die Verelendung des Proletariats, im besonderen bekämpft, die armen Blinden zu helfen. In diesem Kampfe gegen die Notverordnungsstaatlichkeit der herrschenden kapitalistischen Mafie ist sie die einzige Partei. Das beweist unter anderem die Tatsache, daß die kommunistische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Schaffung einer Reichsblindenrente (Reichstagsdrucksache 808) eingebracht hat und 10 Millionen Reichsmark dafür beantragt.

### Dieser Antrag ist am 4. März 1931 gegen die Stimmen der Kommunisten im Reichstage abgelehnt worden.

Für Offizierspensionen sind 200 Millionen im Etat eingelegt und bewilligt worden, aber für die armen Blinden seien nicht einmal zehn Millionen vorhanden. (Stürmisches „Pse!“ der Versammlung!) Das ist die Praxis der Parteien von Nazis bis SPD! Die Blinden dürfen daher keine Hoffnungen setzen auf diese Parteien, Regierungen und Parlamente. Diese Gesellschaft, die Milliarden und aber Milliarden für Großkapitalisten auswirft, hat keinen Pfennig zur Binderung des Notleidenden. Neue Notverordnungen stehen bevor, die das Elend noch tiefer werden. Es gilt daher, den geschlossenen Kampf zu führen unter Führung der KPD. gegen weitere Verelendung, für die revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Systems, für Arbeit, Brot und Freiheit. (Stürmischer Beifall!)

Als sich dann ein Blinder gegen die Vertrauensarztpraktik der Fürsorgebehörden wandte, wurde ihm das Wort entzogen. Im größten Erregung sprach er weiter. Nun sah sich der S.D. Mann Pietsch gezwungen, als Stadtrevisor und Provinzialabgeordneter einige betenende Redenarten zum Beuten zu geben. Demagogischerseits verlangt er „Sozialisierung“ der Betriebe.

Ein weiterer Redner der Blinden charakterisierte sehr treffend unter großem Beifall die Rolle von Pietsch und der SPD. „Die Volkshilfe hört ich wohl, allein es fehlt der Glaube!“ Gerade der SPD. Reichstagsler Herrmann Müller sei es gewesen, der als erster Verbindung gefordert hat, eingeführt wurde. Der Redner fragt, wo denn die anderen Parteien geblieben seien und die Abgeordneten nicht in heißen Kämpfen hierher gekommen seien? Sie als Blinde seien doch nur Stimmvieh für diese Parteien. Er wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen jene Herren im Staatsrat und am grünen Tisch, die die Blinden als minderwertig bezeichnen.

Ein weiterer Blinder berichtete, wie man ihm nochmal 10 Mark von der Rente und Wohlfahrt abgezogen habe und er nicht in der Lage sei, Miete zu zahlen. Ein Blinder aus Lauban betonte besonders, daß die heutige Praxis der Fürsorge ein Rückfall in die schlimmste Barbarei sei. Einige Herren der Wohlfahrtbehörden betonten ihren persönlichen guten Willen, zu helfen, aber es liege an den gegebenden Körperlichkeiten und damit an den Parteien, die die notwendigen Mittel zu bewilligen haben.

Andere Parteien waren nicht vertreten, insbesondere nicht die „Herren Abgeordneten“ oder „Volksvertreter“. Was die proletarischen Blinden von ihnen zu halten haben, haben sie bereits erkannt. Wir versichern zugleich als Kommunisten, daß wir den schärfsten Kampf führen werden in den Parlamenten sowohl auch außerparlamentarisch, um die besonders verwerfliche Lage der Blinden zu lindern, aber die endgültige Befreiung von der kapitalistischen Barbarei wird erst dann erreicht sein, wenn an Stelle dieses Systems ein freies sozialistisches Deutschland getreten ist.

herzustellen, um Ökonomen zu zehren, um Flugzeugbomben zu füllen. Aber es mußte schon ein furchtbares imperialistisches Morden im Weltmaßstab werden, um vorübergehend eine höhere Ausnutzung der Produktionskapazität herbeizuführen und eine größere Zahl der Erwerbslosen zu „beschäftigen“. So wäre vielleicht zeitweilig eine Abmilderung der zivilisierten Krise möglich, aber auch nur zum Schein.

Die Herstellung von Kriegsmitteln, von Phosgen und Kanonen ist nicht dasselbe wie die Erzeugung von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern für den Bedarf der Massen. Es ist ein „Krieg“ zwischen, ob Dynamit oder Torpedos produziert werden. Sprengstoffe werden in die Luft geschleudert und zerstören materielle Werte. Produktionsmittel hingegen vermehren die materiellen Werte. Eine Kriegskonjunktur entwickelt in erster Linie die Kriegswirtschaft, vermindert hauptsächlich für sie die Produktionskraft und erschöpft und vernichtet die Produktionskräfte. In welchem Ausmaß das geschieht, hat der imperialistische Krieg 1914/18 in keinem furchtbaren Zerstörungsschritt demontriert. Die Kriegskosten betragen etwa 700 Milliarden. Die Verluste an Menschen, an Arbeitskräften, an Vieh sind unglaublich!

Tote: 10,2 Millionen (Deutschland: 1,8 Millionen).

Bermundete: 20 Millionen (Deutschland: 4,5 Millionen).

Von den 35 Millionen Soldaten, die in der ganzen Welt damals an dem Kriege unmittelbar teilgenommen wurden, durchwühlte gerechnet, kommt jeder, der dem Tode entging, doch von Krämpfen oder Granaten verletzt. Von den 35 Millionen sind nur wenige unbeschadet geblieben. Viele behielten körperliche, arbeitsmindernde Narben, Millionen wurden arbeitsunfähig. Krüppel, und jeder dritte Kriegsteilnehmer gab sein Leben für die kapitalistischen Kriegsgewinnler. In diesen Zahlen ist hinzu zu rechnen, daß bei der übrigen Bevölkerung die Sterblichkeit sich etwa um 12 Millionen erhöhte und daß ungezählte Millionen Werkstätiger schwere gesundheitliche Schädigungen erlitten, an denen noch die kommenden Generationen leiden werden.

Wie der Krieg, so kann auch die Kriegskonjunktur höchstens den Anschein einer wirtschaftlichen Belebung erwecken. Sie kann nur äußerlich und nur vorübergehend auf die zivilisierte Krise einwirken. Sie kann keinesfalls die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems lösen, im Gegenteil, sie muß sie außerordentlich vertiefen.

### Eine Phosgenkonjunktur verleiht in Wirklichkeit alle Widersprüche des Kapitalismus.

Sie erhöht die Produktivität der Produktion. Sie verändert das Verhältnis des Umlaufs der einzelnen Produktionseinheiten gemäß den Normenverhältnissen der Kriegswirtschaft und nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Sie verwendet die Maschinen und die Arbeiter in verwerflicher Weise nicht für den Bedarf, sondern für die Verwirklichung der Geschäfte. Sie bringt den kapitalistischen Gegensatz zwischen der gesellschaftlichen Erzeugung und der individuellen Aneignung, indem sie reiche Gewinne in die Taschen der Herren wirft und die Macht der Arbeiterschaft schwächt, während sie auf der anderen Seite desto mehr Elend, Not und Tod dem Proletariat bringt und die Macht der Arbeiterschaft schwächt. Nach einiger Zeit muß eine solche imperialistische Konjunkturkonjunktur einer desto schlimmeren Zersplitterung der allgemeinen Krise und auf ihrem Weg zu einer höchst schmerzhaften zivilisierten Krise führen.

Die Arbeiter haben heute keineswegs die Frage, ob durch Verelendung und Munitionstransporte einige hundert Erwerbsloser „Arbeit“ finden, mittels der hunderttausend Erwerbslose eines anderen Landes den Tod finden.

Die entscheidende Frage des Proletariats ist nicht, ob es in eine imperialistische Kriegskonjunktur ein Ausweg aus der Not für die Arbeiterschaft. Denn sie den Interessen der Arbeiterschaft? Denn sie den Interessen der Arbeiterschaft als Gesamtheit, als Klasse? Das ist der Schlüsselpunkt des Proletariats.

In ganz Europa zur Revolution war der Krieg (Mai 1917) gelegt worden!

„Der gegenwärtige Krieg ist ... ein imperialistischer Krieg, den die Kapitalisten führen, um die Verteilung der Vorteile, die die Weltreichheit bietet, um die Macht für das Finanzkapital ... um die Unterwerfung schwächer Völkerstaaten usw. Jeder Tag des Krieges bereichert die Finanz- und Industriebourgeoisie und ruiniert und erschöpft die Kräfte des Proletariats und der Bauernschaft aller Kriegführenden, aber auch der neutralen Länder.“

Imperialistische Kriege, die militärischen Aktionen gegen China, gegen die Sowjetunion, gegen die Türkei, gegen die Sowjetunion und richten sich aufwärts gegen die Interessen aller Arbeiter ohne Ausnahme. Jede Unterwerfung der imperialistischen Kriegskonjunktur, jede Verleumdung ihrer Erfolge, bedeutet Millionen Tode und Millionen der Arbeiterschaft. „Kriegskonjunktur“ das heißt, daß die Herren Dünkelberg von der R. G. Götzen und Euro oder Dünkelberg von den Finanziers ihre Gewinne einheben und die Kapitalistenklasse reicher und mächtiger wird, während die Arbeiter bei den gelassen und immer wieder gelienten Hungerlöhnen bei härteren, schreckensvollen Löhnen oder lebensgefährlichen „Löhnen“ ihre eigenen Klasseninteressen bombardieren und lähmen, ihre eigene Klasse zerstören, lähmen. Während die Arbeiter sich gemeinsam Tod und Verderben zuleiden, lassen die Ausbeuter sich ins Jüdeln, spielen in Luxus, laden Millionen von Kindern ein und führen ihre Wägen.

Imperialistisches Dynamit ist für die Arbeiterklasse kein Ausweg aus der Krise, sondern umgekehrt ein Verstoßen in noch schlimmeres Elend und noch härtere Missetat.

Der Weg aus der Krise führt nur über die Befreiung ihrer Grundursache, des imperialistischen Systems. Die Klasse der Arbeiter, wenn der Kapitalismus verschwindet und an seine Stelle der Sozialismus tritt.

In den Monaten 1917 erklärte die Partei der Arbeiter und Bauern in einem Manifest:

„Die Kapitalistenklasse bereichert sich in allen Ländern an Kriegslieferungen, an Konzeptionen in den anverwandten Gebieten, an der Verwertung aller Erzeugnisse; sie hält die Arbeiter, unethische, Skandalös hohe Profite ein. Die Kapitalistenklasse hat allen Völkern für diese Jahre einen Tribut auferlegt in Form hoher Zinsen für die Milliarden Kriegsgewinne. Wir aber, die Arbeiter und Bauern, müssen unklommen, unversicherten, hungern, das alles geduldig ertragen und unsere Unterdrücker, die Kapitalisten, dadurch reicher, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder sich gegenseitig auflösen und mit Haß gegeneinander erfüllt werden.“

Fünf Monate später führten die Bolschewiki das Proletariat, das damals dreieinhalb Jahre unter den kapitalistischen „Angriffen“ aus der Krise“ gewunden war, auf seinen Klassenweg aus der kapitalistischen Krise zum Sozialismus. In der Sowjetunion, die den Sozialismus aufbaut, gibt es keine Kriege mehr. Dort entwickelt sich gewaltig die sozialistische Industrie. Die materiellen Werte, Eigentum aller Arbeiter, wachsen in rapidem Tempo. Die kollektivierten Land-

# Weitere Millionen für abgedankte Fürsten Preußen in Deutschland voran

Der Fürstenanwalt Dr. Everling hatte es am 12. Februar 1932 sehr leicht, als er im Rechtsausschuß des Reichstages einen Vorstoß machte, um für die abgedankten Fürsten aus den Taschen der ausgepörrten „Untertanen“ die nötigen Millionen herauszuholen. Die Vertreter der „Eisernen Front“ halten mit den Harzburgern ein Stillhalteabkommen getroffen.

Die Vertreter der einzelnen Landesregierungen nahmen im Rechtsausschuß Stellung zu den Millionenforderungen der Fürsten. Diese Regierungsvertreter sollten zugleich den Standpunkt ihrer Regierungen zu einem von der SPD. eingebrachten Gesetzentwurf über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Fürsten bekanntgeben.

Der Vertreter der preussischen Braun-Schwarz-Regierung erklärte als erster, daß seine Regierung an einer reichsgerichtlichen Regelung der Renten und Abfindungen nicht interessiert sei. Das war das Signal für die übrigen Regierungsvertreter. Nur die Vertreter von Lippe und Detmold traten der Erklärung Preußens nicht bei. Triumphierend konstatierte Dr. Everling die ablehnende Haltung der Landesregierungen.

### Die Welfen fordern 40 Millionen

In Verlauf der Debatte wurde bekannt, daß das Welfentum von der Preußenregierung 40 Millionen Reichsmark nebst 5 Prozent Zinsen ab 1. Januar 1924 verlangen.

### Die Kommunisten für entschädigungslose Enteignung der Fürstenthäuser

Der Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, Genosse Kädel, wandte sich scharf gegen die Erklärungen der Landesregierungen und wies ihnen nach, daß sie gegenüber den Gemeinden keinerlei Verantwortungsgefühl an den Tag legten. Scharf rechnete Genosse K. mit den SPD-Führern ab, deren Stellung durch die Erklärung der preussischen Regierung gekennzeichnet sei. Insbesondere kennzeichnete Genosse K. die Haltung des Zentrums, das von je her die Fürsteninteressen verfochten habe. Gerade der Abgeordnete Schetter (Zentrum) habe hervorgehoben, daß die Fürstenthäuser unangetastet bleiben sollen. Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag auf entschädigungslose Enteignung und die Aufhebung aller Rentenansprüche der Angehörigen ehemaliger Fürstenthäuser und standesherrlicher Familien eingebracht. Die Zustimmung über die vorliegenden Anträge und den Gesetzentwurf der SPD. finden erst im Laufe dieser Woche statt, nachdem die Einigung der Hindenburg-Front erzielt sein wird.

Während die Preußenregierung die schärfsten Sparmaßnahmen trifft durch Abbau der Gehälter der unteren Beamten, der Senkung der Löhne für die Staatsarbeiter, die Forstarbeiter und die Ausgaben für kulturelle Zwecke immer stärker kürzt, werden den ehemaligen Hohenzollern und ihrem sonstigen Anhang durch die Preußenregierung und ihre „Eiserne Front“ den Fürsten die Millionen in den Taschen geworfen.

# Revolutionärer Wettbewerb für den Wahlfonds der KPD. Oberschlesien mit Schlesien

Die Bezirksparteiarbeiterkonferenz Oberschlesien, die am 14. Februar in Kandrzin im Zeichen der Mobilisierung aller revolutionären Kräfte zum Kampf

### Klasse gegen Klasse

tagte, beschließt:

„Um die Aufbringung der zu diesem Kampf notwendigen finanziellen Munition zu forcieren bzw. sicherzustellen, wird die Bezirksleitung Oberschlesien von der Parteiarbeiterkonferenz beauftragt, mit dem Bezirk Schlesien einen

### revolutionären Wettbewerb

abzuschließen, dessen Ziel die hundertprozentige Aufbringung

des vom Zentralkomitee der Partei auferlegten Sammelfonds sein soll.“

Die Parteiarbeiter Oberschlesiens geloben ihrerseits alle Kräfte einzusetzen für eine erfolgreiche Durchführung dieser Aufgabe.

# 117 Mark für den Wahlfonds der KPD.

Auf der Parteiarbeiterkonferenz in Kandrzin haben sechs Ortsgruppen Abzahlungslösungen für den Wahlfonds in Höhe von 117 Mark geteilt. Das ist ein erfreuliches Teilergebnis.

Wir fordern hiermit die übrigen Ortsgruppen- und Zellenleitungen der Partei auf, laufend Abzahlungslösungen an die Bezirksleitung abzuführen.

Genossen, verstärkt die Sammeltätigkeit! Der mit dem schlesischen Arbeiterbezirk abgeschlossene revolutionäre Wettbewerb zur hundertprozentigen Erreichung des gestellten Sammelfonds muß erfüllt werden. Das ist nur dann möglich, wenn alle Parteimitglieder sich an der Sammelkampagne beteiligen.

# Klasse gegen Klasse!

Mobilisierung unserer Betriebszellen!  
Gegen die Storrupation der Unternehmer die Opferbereitschaft der Arbeiter!  
Rechnet auf den Sammellisten der KPD!

# Massenmobilmachung für den roten Arbeiterkandidaten

**Auch die Betriebsarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder sehen ein — Einheitskomitees und Erwerbslosen-Schutzstaffeln in Weißstein gebildet — Die rote Versammlungsoffensive beginnt**

„Die kommunistische Partei benutzt vielmehr die Präsidentschaftswahlen, um die Millionenmassen der Arbeiterschaft auf Grund ihrer Tageskämpfe für die bolschewistischen Ziele aufzurütteln, um die Einheitsfront des Proletariats, als Führer aller Werttätigen, zu erweitern und zu festigen, um die Parteien der sich loslösenden, bürgerlichen Diktatur und ihre unzuverlässige Stütze, die Sozialdemokratie, als die Todfeinde der gesamten Arbeiterklasse zu entlarven und zu bekämpfen.“

So heißt es in dem Beschluss des Zentralkomitees der KPD. zur Aufstellung Thälmanns zu den Präsidentschaftswahlen. Wir wollen die Millionenmassen der Arbeiterschaft auf Grund ihrer Tageskämpfe für die bolschewistischen Ziele aufrütteln. Dazu ist notwendig, daß wir noch stärker in den Betrieben, auf den Gutshöfen, in den Gewerkschaften und auf den Stempelstellen vorstößen.

Wie die Landarbeiter den Kampf um den roten Arbeiterkandidaten als einen Kampf gegen den Lohnraub eröffnet haben und zum Streik rufen, so müssen die Berg- und Textilarbeiter, muß die gesamte Arbeiterschaft den Wahlkampf als außerparlamentarische Massenaktion führen. Es heißt überall die Fronten ausrichten gegen die Streikbruchbürokratie der reformistischen und christlichen Gewerkschaften, die für den General Hindenburg eintreten.

Steigert unsere rote Versammlungslawine in jedem Betrieb, in jedem Ort. Geht einen Schritt weiter zur Organisierung und Entfaltung von Kämpfen um die täglichen Forderungen der Arbeiterschaft.

## Landarbeiter-Konferenz für Thälmann

**8 DVB-Mitglieder kommen zum roten Landarbeiterverband — Landarbeiter rufen zum Streik**

Am Sonntag, dem 11. Februar, fand in Jauer eine Landarbeiterdelegiertenkonferenz statt. Anwesend waren 15 Delegierte, davon 8 sozialdemokratische Arbeiter, 3 Kommunisten, 1 Parteilofer, davon 0 DVB-Mitglieder.

Genosse Dreht als Vertreter des „Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter“ zeigte die Angriffe der Junker auf die Lebenslage der Landarbeiter auf. Einstimmig waren die Landarbeiter der Auffassung, daß sie unter Führung des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter den Streik der Landarbeiter vorbereiten müssen.

Die Kollegen beschloßen, sich einstimmig für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann einzusetzen und wenden sich in einer kurzen Entschlieung an alle Landarbeiter Schlesiens mit der Forderung, ihrem Schritt zu folgen, nämlich die Landarbeiter für die rote Einheitsfront zu gewinnen, Schluß zu machen mit der streikbrecherischen Bürokratie des DVB. und sich einzureihen in den Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter, der einzig und allein die Interessen der Landarbeiter vertritt!

Von den anwesenden Kollegen traten sofort 8 vom DVB zum Einheitsverband über. Ein Kollege trat in die kommunistische Partei ein. Die übergetretenen Kollegen verpflichteten sich, im Laufe von 8 Tagen die Mitgliederzahl um 100 Prozent zu erhöhen. Dieser Erfolg der Konferenz zeigt das wachsende Vertrauen der Landarbeiter zum Einheitsverband. Jetzt gilt es, dieses Beispiel an hunderterten Orten von Schlesiens zu wiederholen. Die Ortsgruppen der Partei und die Ortskomitees der KPD. müssen viel stärker als bisher ihre Arbeit auf das flache Land konzentrieren, um die Voraussetzungen zu schaffen für die Frühjahrsbewegung der Landarbeiter zur Verankerung des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter.

**Um 1. März fahren 6 schlesische Landarbeiter**

nach der Sowjetunion, um dort am sozialistischen Aufbau mitzuarbeiten. Die einzelnen Unterbezirke haben bis jetzt noch zu ungenügend die Entsendung dieser Delegierten vorbereitet. Wir haben hiermit öffentlich die Mitglieder des DVB. und der KPD. an die solche Sammelstelle der Leitungen länger bilden wollen. Somit ist für, daß sofort in jeder Ortsgruppe an Hand des aufgestellten Verzeichnisses für die einzelnen Delegierten Stellung genommen wird, daß die Entsendung der Delegierten und das Anbringen der finanziellen Mittel sichergestellt wird. (Ausleitung des DVB.)

## Weißsteiner Arbeiter auf rotem Kampfposten

In der am Freitag stattgefundenen öffentlichen Versammlung der KPD-Ortsgruppe Weißstein sprach Genosse Robens-Schmid über das Thema: „Thälmann gegen Hindenburg.“ Er zeigte den Anwesenden den Weg, welchen die Arbeiterklasse im Kampf gegen Faschismus und Notverordnungsdiktatur zu gehen hat. Präsidentschaftswahl heißt für uns Massenmobilisierung und außerparlamentarischer Kampf. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich sechs Arbeiter. Drei parteilose Arbeiter berichteten vom Einheitskongreß der Werttätigen, an dem sie als Delegierte teilnahmen, und forderten auf, auch in Weißstein die Einheitsfront zu schmieden, ein Einheitskomitee zu wählen und Schutzstaffeln zu bilden unter Führung der kommunistischen Partei. Der Kandidat Summig bezeichnete auch unsere Beteiligung an der Wahl als Wahlschwindel und war der Meinung, daß nur wirtschaftliche Kämpfe den Arbeitern nutzen können, was dem Genosse Robens im Schlußwort klar und deutlich widerlegte. Aus der Versammlung wurden zwei Entschlieungen, eine gegen den imperialistischen Krieg und eine für Thälmann, vorgelesen und beschlossen. Letztere hat folgenden Wortlaut:

„Die am 12. Februar im „Deutschen Hause“ Weißstein versammelten Arbeiter und Arbeiterfrauen begrüßen mit Begeisterung die Kandidatur Thälmanns zur Reichspräsidentenwahl als Kandidaten der Ausgebeuteten gegen den Kandidaten der Ausbeuter. Wir geloben, in dem Wahlkampf treu, rote Wahlhelfer für den Arbeiterkandidaten der kommunistischen Partei zu sein.“

Die erste Entschlieung wurde gegen eine Stimme (die des Entschlieung), die zweite einstimmig angenommen. Es ist bezeichnend, daß auch entweichende sozialdemokratische und christliche Arbeiter für beide Resolutionsstimmen.

Ein Einheitskomitee, bestehend aus fünfzehn Mitgliedern, wurde von der Versammlung gewählt.

Wierzig Erwerbslose (ein Teil davon meldete sich schon an der Stempelstelle) ließen sich in die Erwerbslosen-Schutzstaffel aufnehmen.

In einem lehrnigen Schlußwort appellierte Genosse Robens an die Versammlungsbefucher, sich der KPD. und den revolutionären

Organisationen anzuschließen, die „Arbeiter-Zeitung“ zu abonnieren und den Wahlkampf der KPD. zu unterstützen.

Einige Zeitungsleiter und ein neuer Parteigenosse wurden gewonnen, außerdem eine Anzahl „N.Z.“ verkauft. Mit einem dreiseitigen „Rot Front“ und der „Internationale“ fand die gute Versammlung ihren Abschluß.

## Erwerbslose begrüßen Thälmann-Kandidatur

Jirau. Die am 12. Februar hier stattgefundenen Erwerbslosenversammlung war gut besucht. Die gemeine Sabotage des Birles vom Tagungsstol hatte keine nachteilige Wirkung auf die Versammlung. Zum Thema: „Eiserne oder Rote Front“ referierte Genosse Langer, Freiburg. Mit einigen unüberwindlichen Tatsachen bewies Genosse Langer, daß das Gros der Mitglieder von den hinter der „Eisernen Front“ stehenden Organisationen gar kein Interesse an dieser „Eisernen Front“ haben, sondern vielmehr für eine Stärkung der Roten Front sind.

Neben der Wahl der Erwerbslosenkommission kamen noch einige Referate betreffs der ungleichen Richtsätze bei der Wohlfahrtsunterstützung zur Sprache. Hierzu wurde ein entsprechender Antrag von der Versammlung angenommen, welcher zur Erledigung

dem Wohlfahrtsamt Schweidnitz überwiesen wird. Einer Kritik unterzogen wurde auch das Verhalten des Amts- und Gemeindevorstehers Künzel. Selbiger lehnt eine weitere Mietminderung in den Gemeindevorstellungen mit der Begründung ab, daß ja eine Mietminderung von 20 Prozent in den betreffenden Häusern bereits durch die Gemeinde eingeführt sei. Die in Frage kommende Notverordnung sieht jedoch auch in solchen Fällen eine weitere Mietminderung vor, aber ein Herr Künzel braucht ja eine solche, welche den Werttätigen eine kleine Erleichterung bringen könnte, nicht durchführen. Zu den Ausführungen der Reichspräsidentenwahl wurde folgende Resolution aus der Versammlung eingebracht und angenommen:

„Die heute, am 12. Februar 1932, in Jirau stattgefundenen Erwerbslosenversammlung begrüßt die Kandidatur Ernst Thälmann als den Kandidaten der Armen. Die Erwerbslosen haben gewillt, mit allen Mitteln den Kandidaten Thälmann zu unterstützen und geloben, mit der KPD. den Kampf für den Sozialismus, für Arbeit, Brot und Freiheit aufzunehmen.“

## Achtung, Waldenburger!

Invaliden, Kriegs- und Arbeitsopfer, Sozialrentner und Erwerbslose!

Am Mittwoch, dem 17. Februar, 19.30 Uhr veranstaltet die Kreisleitung des Internationalen Bundes in Waldenburg im „Gasthof zum Ebelstein“ einen bunten Abend unter Mitwirkung der Theatergruppe die Roten Helfer. Ein vollständig neues Programm wird Aufführung über Leben und Notlage der Kriegs- und Arbeitsopfer und der Verelendung der Betriebsarbeiter bringen. Außerdem werden die Führerqualitäten der einzelnen Kriegs- und Arbeitsopfer-Organisationen biblisch vorgestellt werden. Da die Eintrittspreise der heutigen Notlage angepaßt und sehr niedrig sind (Invaliden und Erwerbslose 20 Pfennig, Vollarbeiter 30 Pfennig), fordern wir die gesamte Arbeiterschaft, alle Kriegs- und Arbeitsopfer auf, die Veranstaltung zu besuchen und die rechte Propaganda dafür zu machen. Kreisleitung Waldenburg des Internationalen Bundes.

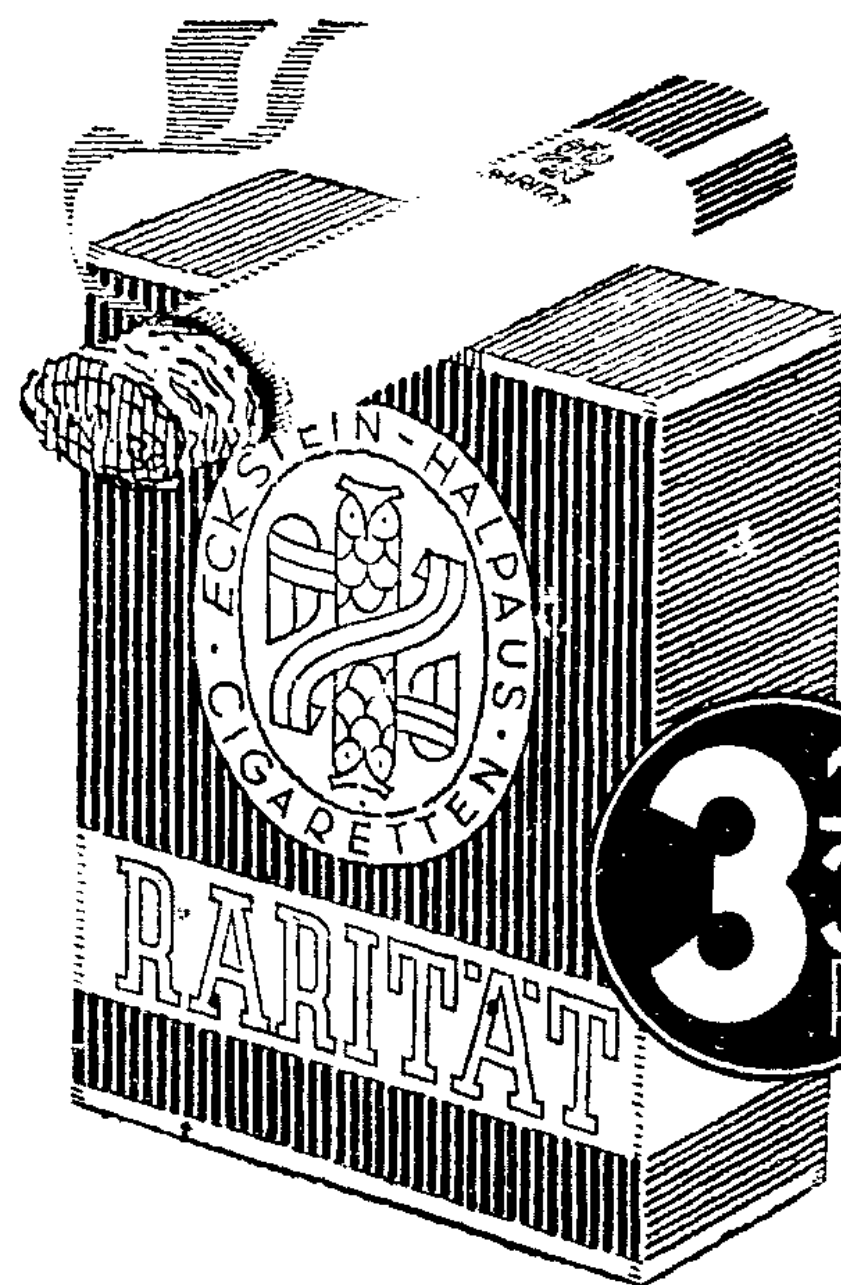
**Werdet Lesere der kommunistische Presse!**

## Aus dem Leben der Textilarbeiter

**Wieder 20 Kündigungen gegen Vollenhainer Arbeiter ausgesprochen — Formiert die rote Einheitsfront unter Führung der KPD. und SPD.**

Landeshut. Teufe und herrsche — das ist das Leitmotiv des von Vollenhain nach hier importierten Direktors Elsner von den Dydenischen Textilwerken. Obwohl die hiesige Stadtverwaltung dieser Firma in der Frage der Steuerrückstände das größtmögliche Entgegenkommen (das bei kleinen Steuerzahlern nicht zu sehen ist) darbrachte, werden dauernd hiesige Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. So sind auch diese Woche wieder über 20 Kündigungen erfolgt, obwohl eine Einjährigstellung der Beschäftigtenzahl nicht beabsichtigt ist. Das Mittel zu diesem Vorgehen ist schnell gelöst. Die Firma zahlt zweierlei Lohnsätze. Obwohl die Löhne längst erledigt ist, gibt es noch Kräftearbeit zu niedrigeren Löhnen als bei den anderen Textilwerken. So kommt es, daß Arbeiter bei gleichartiger Qualitätsarbeit verschieden bezahlt werden. Die Arbeiter aus dem Kreise Vollenhain müssen, weil ihr früheres Arbeitsgebiet in der Lohnklasse II war, billiger arbeiten, obwohl sie erhebliche Aufkosten für Fahrgehalt usw. haben. Die gegen diese Zustände

herrschende Empörung der Textilarbeiter ruft dieser „keine Dert“ geistigt aus, indem er mit den Vollenhainer Arbeitern besondere Betriebsabrechnungen macht, sie also in einen Gegensatz zu den hiesigen Arbeitern zu bringen versucht. Vorschub leistet ihm darin der vom Inspektor zum Obermeister degradierte Ullmann von hier. Bei der Kostenverteilung versteht es dieser ausgezeichnet, die Arbeiter mit besonders schlechter Arbeit zu benachteiligen. Obwohl im Tarif vorgesehen ist, daß ein Zwang zur Bedienung von vier Stühlen nicht ausgeübt werden soll, geschieht dies täglich. Das sogar alten Leuten gegenüber. So fiel erst vor kurzem eine Arbeiterin aus Vollenhain infolge zu großer Anstrengung um Arbeiter und Arbeiterinnen! kämpft gegen diese Zustände im Betrieb, kämpft um eure Forderungen unter Führung der KPD.! Schafft euch eine rote Betriebsvertretung, die euch führend zur Seite steht. Textilarbeiter, trammelt auch ihr für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!



Ein Versuch ohne Risiko

Bei so starkem Format und so gesteigerter Qualität ist

Halpaus  
**Rarität**

selbst für den verwöhnten Raucher kein Risiko

# Rund um den Erdball

Das zweite Attentat innerhalb einer Woche

## Bombenanschlag auf Luxus-Zug

Drei Wagen in die Tiefe gestürzt — Raubüberfall geplant

Paris, 15. Februar. Am Sonntagabend ist in der Nähe von Marfaisse auf den Schnellzug Rom-Paris ein Bombenanschlag verübt worden. Nur drei Reisende haben dabei ganz unerhebliche Verletzungen davongetragen.

Der Zug bestand nur aus Wagen erster Klasse und befand sich gerade auf einer kurzen brückenartigen Überführung, als plötzlich eine weithin hörbare Explosion erfolgte. Die Lokomotive mit Tender löste sich vom Zug, die ersten drei Wagen stürzten eine etwa acht Meter hohe Böschung hinunter.

Es entstand eine fürchterliche Panik, die durch die herrschende Dunkelheit noch erhöht wurde. Selbstverständlich glaubten die Reisenden, daß es sich um eine schwere Katastrophe handelte. Man war deshalb sehr überrascht, als kurz darauf festgestellt werden

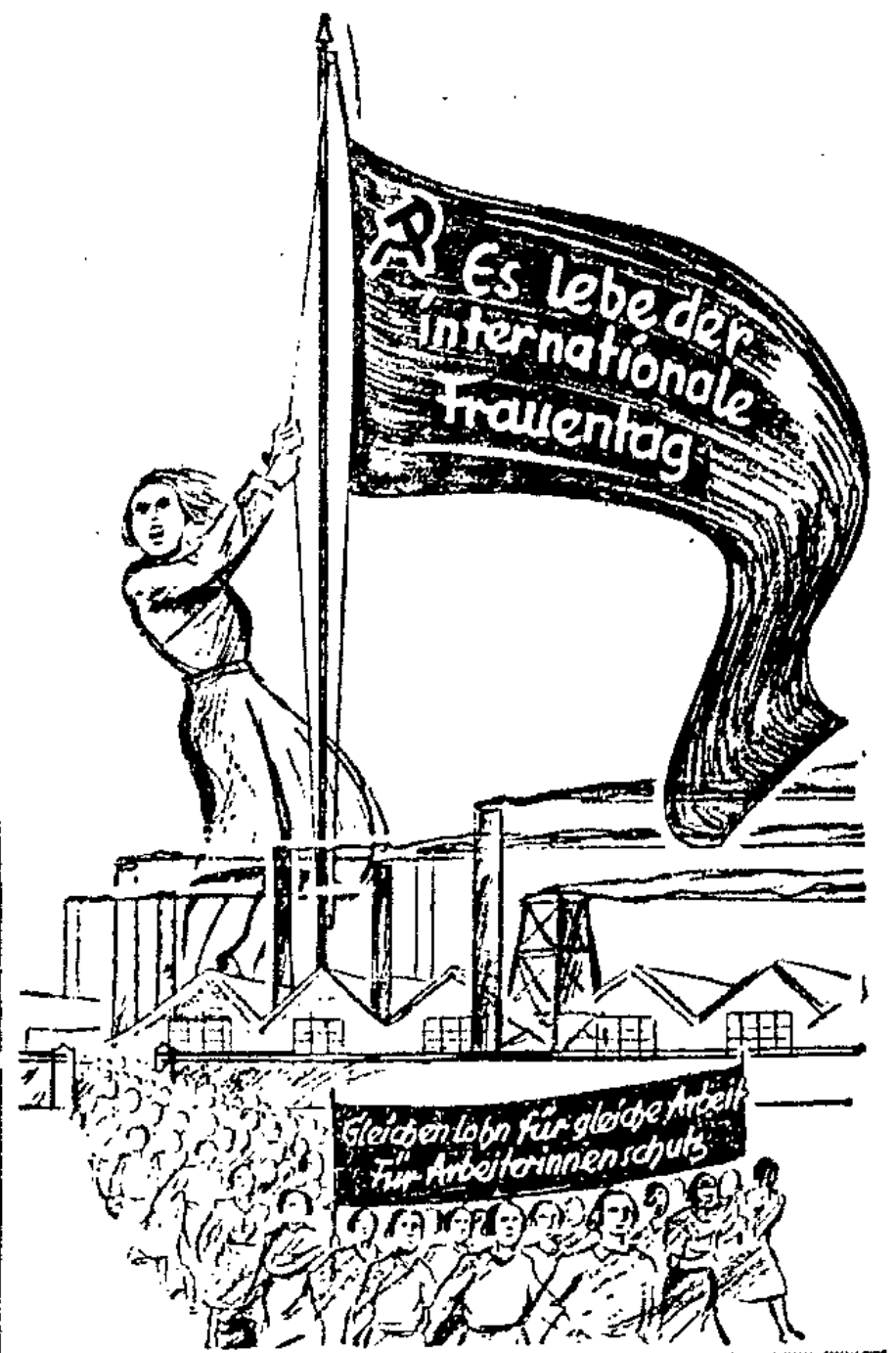
konnte, daß nur drei Fahrgäste ganz unerhebliche Quetschungen davongetragen hatten.

Durch die bisherige Untersuchung, die sofort eingeleitet wurde, hat man einwandfrei festgestellt, daß das Unglück durch einen Bombenanschlag entstanden ist. Die Schienen sind an der Unfallstelle stark verbogen: Etliche von ihnen wurden mehrere Meter weit fortgeschleudert.

Ein Zeuge will gesehen haben, daß am Nachmittag zwei Personen die Geleise entlanggingen. Die Behörden forschen nach diesen Personen, die zweifellos die Täter sein dürften.

Das Attentat wird von der Untersuchungsbehörde in Zusammenhang gebracht mit dem Anschlag, der am 9. Februar auf den Zug verübt wurde. Man vermutet, daß auch gestern wieder dieselben Täter am Werke waren, die damals den Zugführer überfallen wollten, um sich der von ihm verwalteten, mehrere tausend Frank enthaltenden Kasse zu bemächtigen.

## Rüstet zum Internationalen Frauentag!



### Kampf dem Krebs?

Das Deutsche Hygiene-Museum hat im Europahaus in Berlin eine Ausstellung „Kampf dem Krebs“ eröffnet, die bis zum 28. Februar läuft.

Die großen, nach neuestem Stil erbauten Räume sind mit bunten Plakaten behangen, die den proletarischen Besuchern sehr ernste Ratsschläge erteilen, wie: „Bewohne nur große, sonnige Wohnungen“, „Bringe Deine Aktien im Freien, auf Wäldern, im Gebirge“, „Auf dem Markt steht ein gut aussehender Mann, der sinnenden Blickes von den Bergen das Gebirgsdorf überhaut. „Habe (falls du eine Badeeinrichtung hast — das steht aber nicht da!) jeden Morgen, erst warm, dann kalt“ usw. Eine Ecke weiter gibt es Vorschriften über gesundes und beförmliches Essen. Da steht auf einem kleinen Tisch ein Teller, auf dem Spinat, Kartoffeln und Bouletten sind, auf einem Teller daneben ist grüner Salat und nachher gibt es eine Schüssel mit dem schönsten rohen Obst. Außerdem Wurst, Käse, Butter, Schmalz, Kaffee, Tomaten, Nüsse, Proletenfrauen, merkt euch, was ihr eurer Familie die nächste Woche zu Mittag vorleht.

Ueber die Bekämpfung der Krankheit selbst wird eigentlich so gut wie nichts gesagt. Es wird erklärt, daß, sobald man Schmerzen empfindet, der Krebs schon so weit fortgeschritten ist, daß eigentlich nichts Rechtes mehr unternommen werden kann. Jeder gesunde Mensch (Krankentäter, merkt euch das!) sollte mindestens einmal im Jahr zum Arzt gehen und sich untersuchen lassen.

### 22 Fabrikarbeiter durch Gas vergiftet

Rohrbruch in einer Nürnberger Fabrik

Nürnberg, 15. Februar. In einer Metallwarenfabrik in der Johannisstraße platzte am Montagvormittag ein aus dem Emailierofen führendes Rohr. Durch die entweichenden Gase — hauptsächlich Kohlenoxyd — wurde die gesamte Belegschaft der Fabrik — 22 Mann — vergiftet.

Die Verunglückten wurden in das Krankenhaus eingeliefert. Der größte Teil von ihnen ist glücklicherweise nur leicht erkrankt und wird bereits am Dienstag wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden können. Ob bei den übrigen Lebensgefahr vorliegt, steht zur Zeit noch nicht fest.

### Neun Fischerboote vermisst

Nach einer Meldung aus Sebastopol herrscht dort seit zwei Tagen starker Sturm. Die Schiffsverbindungen zwischen Sebastopol und den anderen Häfen sind unterbrochen. Die sowjetrussischen Kreuzstationen empfangen ständig SOS-Rufe. Mehrere Kriegsschiffe sind ausgelaufen, um die gefährdeten Schiffe zu retten. Neun Fischerboote, die Sebastopol am 10. d. M. verlassen haben, werden vermisst.

### Auto rast in die Elbe

Am Sonntagnachmittag fuhr ein aus der Richtung Herrenberg kommendes Magdeburger Auto, das mit einer Person besetzt war, aus bisher ungelärten Gründen auf den Personensteig, durchbrach das hölzerne Brückengeländer und stürzte in die Elbe. Der Wagen durchschlug teilweise die Eisdecke und blieb mit nach oben gekehrten Rädern im Eis hängen. Die Feuerwehr barg den Insassen, mit dessen Ableben gerechnet werden muß.

### Strange Kälte in Frankreich

Die strenge Kälte, die seit einigen Tagen in ganz Frankreich ausgebreitet ist, dauert an. Die Durchschnittstemperatur in den Provinzen ist am Sonntag 10 Grad. Aus einem Teil Frankreichs werden sogar bis zu 23 Grad gemeldet.

Verantwortlich: Alfred Brendt, Berlin.



### Fischdampfer mit Eispanzer

Ein in Boston zurückgekehrter Fischdampfer war, wie unser Bild zeigt, von einer zentimeterstarken Eiskecke überzogen, wodurch sich die Arbeit der hundsmissabel entlohten Bordbesatzung lebensgefährlich und qualvoll gestaltete.

Die Rache des geschiedenen Ehemannes

## Haus in die Luft gesprengt

Drei Personen getötet — sechs Schwerverletzte — Selbstmord des Täters

Göteborg (Schweden), 15. Februar. Durch einen Dynamitanschlag wurde in der Nacht zum Montag in Göteborg ein Wohngebäude in die Luft gesprengt, in dem mehrere Familien wohnten. Ein 35-jähriger Bauarbeiter hatte beschloffen, sich an seiner von ihm geschiedenen Frau zu rächen.

Kurz vor 10 Uhr war er ein Paket mit Dynamit durch ein Fenster in ein Zimmer des Hauses, in dem seine Frau wohnte. Eine gewaltige Explosion erfolgte, durch die der größte Teil des Hauses zerstört wurde. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Aus den Trümmern wurden drei Tote und sechs zum Teil schwer verletzte Personen geborgen. Den Täter fand man heute am Montag in einem Wald in der Nähe der Stadt tot auf. Er hatte Selbstmord begangen.

stunden des Sonntags, im Eis eingefroren, von Jägern entdeckt worden ist, wurde nach dem Schaulhaus geschafft.

Der Dampfer, in dem der graufuge Hund gemacht wurde, ist von Stahl und Rohr umrandet. Die völlig unkenntliche Leiche lag etwa 15 Meter vom Ufer entfernt in einer kleinen Vertiefung, die im Sommer vollkommen verjährt ist. Nach den vorläufigen Feststellungen dürfte sie seit mindestens einem Vierteljahr dort gelegen haben. Aus dem Eis ragte nur der Oberkörper heraus. Unmittelbar neben der Toten erblickte man im Eis ein Paar schwarze Schuhe und etwas weiter eine Aktentasche.

### Mörderischer Winterport

Sieben Todesopfer in Holland

Amsterdam, 15. Februar. In den letzten beiden Tagen sind in Holland beim Winterport insgesamt sieben Personen ums Leben gekommen. Am Freitagabend waren zwei Kanuben, die unweit Amsterdam auf einem kleinen Schlitten fuhren, in ein Wasserloch geraten und hatten dabei den Tod gefunden. Am Sonnabendabend brachen in einem Ort unweit Arnheim im Gelderland drei Mädchen und ein junger Mann beim Schlittschuhlaufen durch das Eis, das durch das im Laufe des Sonnabends eingetretene Tauwetter flüchtig geworden war. Alle Rettungsversuche waren vergeblich. Das lebende Opfer war ein junges Mädchen, das in einem anderen Ort des Gelderlandes ebenfalls beim Schlittschuhlaufen durch das Eis brach.

### Grausiger Fund in einer Pappschachtel

Auf dem Franz-Josephs-Bahnhof in Wien wurden in einer Pappschachtel zwei aus den Gelenken gelöste weibliche Beine gefunden. Die Stutiat kann erst kurz vorher vollbracht sein.

## Das neue Moskau

L. W. Kaganowitsch: Die sozialistische Rekonstruktion Moskaus.

Im Tempo der Industrialisierung wächst der sozialistische Städtetyp in der Sowjetunion, der den neuen Lebensbedingungen und Bedürfnissen der kulturell und politisch gewachsenen werktätigen Massen entspricht. Der Verfasser bringt in seinem Buch einen eingehenden Überblick über die bisherigen Ergebnisse, sowie über die zukünftigen Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung aller Gebiete der Moskauer Kommunalwirtschaft. Preis 60 Pf. 146 Seiten. Im Verlag Karl Heym, Nachf., erschienen. Zu haben bei allen Litobleuten der Partei.

### Belgrader Schnellzug verunglückt

Dorfkirche von Lawine verschüttet

Belgrad, 15. Februar. Schneefall und Kälteeinbruch am Freitag haben in Südserbien zu großen Verkehrsstörungen geführt. Auf der Donau und auf der Save ist die Schifffahrt vollkommen eingestellt worden. Auch auf mehreren Eisenbahnstrecken im Westen des Landes sind die Züge gestoppt. Das Thermometer ist im Westen auf 22 und im Osten auf 24 unter Null gesunken. In Slowenien, Kroatien, Bosnien und Montenegro sind in den Bergen mehrere Meter und in den Tälern 1 1/2 Meter an Schnee gefallen. Bei Studan der Save fließt infolge des Nebels der Belgrader Schnellzug auf einen Felszug, wobei mehrere Waggons beschädigt und einige Reisende verletzt wurden.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich im Quartier in Slowenien. Die Kirche des Dorfes Lut wurde in dem Augenblick von einer Schneelawine verschüttet, als in ihr das halbe Dorf versammelt war. Die harten Mauern, der aus dem Mittelalter stammenden Kirche hielten dem Druck der Schneemassen stand. Die Besucher konnten nach 10 stündiger Arbeit durch den anderen Teil der Einwohnerschaft wieder befreit werden.

### Leichenfund im Eis

Verbrechen an einer unbekanntem Schnitterin?

Berlin, 15. Februar. Die polizeilichen Ermittlungen zur Aufklärung der Umstände, unter denen eine vorläufig unbekanntem Frau, vermutlich eine Schnitterin, in einem Hümpel zwischen Falkenberg und Ahrensfelde zu Tode gekommen ist, sind vorläufig ergebnislos verlaufen. Die Leiche, die in den Nachmittags-

# Breslau

Breslau, den 16. Februar 1932.

## Rote Arbeiterfront gegen eiserne Brüning-Hindenburg-Front

Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, dem 18. Februar, um 20 Uhr im „Schiefwerder“ in einer großen öffentlichen Versammlung der Reichstagsabgeordnete Genosse Becker.

Die Arbeiter und Werktätigen halten sich diesen Tag frei!

Eintrittskarten dazu sind zu haben bei allen Funktionären der Partei, der Roten Hilfe, Freiheitsgasse 2, der RGD, Breite Str. 6/7, sowie im Büro des Erwerbslosenverbandes, Heyberg, und der RZ, Vestingstraße 13.

### Unterbezirk Breslau

Wo bleiben die Namen der Delegierten zur Unterbezirks-Delegierten-Konferenz? Mit Ausnahme des Inst.-Bez. Briesg sind noch keine Delegierten gemeldet.

Meldet sofort die Delegierten an die RZ!

### Monistische Gemeinde

Mittwoch, den 17. Februar, 20 Uhr, findet der zweite Kursusabend Emil Machels hat. Der Kursus behandelt „Das physikalische Weltbild von heute“ und beschäftigt sich der Abend mit dem Thema „Glatte Logik“. Der Eintrittspreis für den Abend beträgt für Mitglieder 10 Pf., für Gäste 20 Pf.

### Die Sammelstube V, Anderssenstraße 58/62,

veranstaltet am 16. Februar d. J. um 19 Uhr in Hoffmanns Festsaal, Köpckeplatz, einen Elternabend. Die Vortragsfolge enthält eine bunte Reihe von vortragsmäßigen, musikalischen und gymnastischen Darbietungen erster und zweiter Art. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf. im Vorverkauf.

### Rote Rundfunk-Rundnotizen

Am heutigen Dienstag spricht um 17.20 Uhr Dr. Ludwig Cohn über die „Eingliederung der Arbeiterkraft in den Wirtschaftsprozess“; anschließend soll hier eine neue Krisen-Methode an den Mann gebracht werden. — Um 19.25 wird durch ein Zwischenspiel unter der harmlosen Bezeichnung „Arbeitsdienstpflicht“ für das neudeutsche Arbeitsnachweise-Stimmung gemacht werden. — Am Mittwoch auch das übliche schlechte Gleichheits-Programm. Besonders gefährlich um 18.40 „Polizei und Zeitung“, wo der Oberbürgermeister Boldt bestimmt nicht über die brutale Polizeigewalt gegen die revolutionären Zeitungen sprechen wird. — Gleichfalls über abzuhören um 19.05 der „Gegner-Deutsche“ Schadewaldt, der in einer unerträglich-bomastischen Rede etwas über den „Weltfrieden“ erzählen und dabei ein volles auf die verlogene juristische Tour gehen wird. — Nachschauen!

# An alle revolutionären Mitglieder des Deutschen Freidenker-Verbandes

Heute Abend findet im Schiefwerder die Generalversammlung der Ortsgruppe Breslau des D.F.V. statt. In dieser Versammlung gilt es, die Spaltungsabsichten der Zievers, Pletsch und Schirbwan durch Schaffung der revolutionären Einheitskulturfront zu verhindern. Die Bildung dieser Einheitsfront erfolgt nicht durch faule Kompromisse, wie sie von den Renegaten und der RGD vorge schlagen werden, sondern einzig und allein durch den Kampf der Massen um konkrete Forderungen im Sinne der roten Einheitsfront. Deshalb müssen heute abend alle revolutionären Mitglieder in der Generalversammlung rechtzeitig anwesend sein, um gegen die spalterische Bezugnahme und ihrer Ableger und Helfer und für die Forderungen der revolutionären Opposition im D.F.V. einzutreten.

- Diese Forderungen sind:
- Gegen faschistische Kulturreaktion, für sozialistische Kulturaktion!
  - Gegen Brüning'scher Notverordnungsluts, für Freiheit der Arbeiterpresse, für Arbeiterfilm und Arbeiterradio!
  - Gegen reaktionär-nationalistisch-meritale Prügelpädagogik, für die sozialistische Produktionschule!
  - Für die Beseitigung der hässlichen Zuwendungen an die Kirchen zugunsten der Notleidenden und Hungernden!
  - Für die Enteignung des Grund und Bodens der Kirchen zugunsten der landarmen Bauern und Landarbeiter!
  - Für die Beseitigung der Paragraphen 218 und 166 (Abtreibung und Gotteslästerung)!
  - Für die Aufhebung aller Notverordnungen, der Konfiskate und kirchlichen Staatsverträge!
  - Für die restlose Trennung von Staat und Kirche, Schule und Kirche!
  - Für die Verteidigung der Sowjetunion und des sozialistischen Kulturkampfes!
  - Für die proletarische Einheit an der Kulturfrente!
  - Für die atheistische Massenpropaganda gegen religiösen Auktorismus!
- Die revolutionäre Opposition ruft allen Mitgliedern zu:
- Fordert das Erscheinen des Genossen Zievers zu der Generalversammlung, damit er vor der Mitgliedschaft sein Programm entwickeln kann.**

Verweigert die Anerkennung des Ausschlusses. Nehmt in allen Stadtteilen zu unserem Kampfsprogramm Stellung, fordert den Genossen Zievers als Referenten an.

Wählt in allen Einheiten Komitees, die den Kampf gegen die Politik und den Terrorismus des Hauptvorstandes und des Bezirkskommissars Pletsch organisieren, für den revolutionären Kulturkampf.

Fordert die Einberufung einer außerordentlichen Bezirkskonferenz.

Wählt in allen Einheiten, auch gegen den Widerspruch von Pletsch und der Scheinoppositionellen, der RGD und RZ, Delegierte für diese Konferenz.

Bereitet die Zusammenfassung aller Delegierten zu einer Lokalkonferenz vor!

Die revolutionäre Opposition hält es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden tatkraftigen Arbeiters, Jungarbeiters und der werktätigen Frauen, daß sie zum Frieden ihrer revolutionären Kampfbereitschaft gegen das kapitalistisch-faschistische System bei der Reichswahlbereitschaft ihre Stimme dem Kandidaten der Armen, dem Kandidaten der roten Einheitsfront.

## Dem revolutionären Arbeiter Ernst Thälmann geben.

Bildet Wahlkomitee, die alle revolutionären Verbände als Wahlkomitee gewinnen.

Es lebe der proletarische revolutionäre Kulturkampf!

Es lebe die proletarische Einheit an der Kulturfrente!

Die Mitgliedsbücher sind, weil bestimmt Repressalien gegen die revolutionäre Opposition zu erwarten sind, unbedingt mitzubringen.

# Peisterwiker Holzarbeiter für den roten Arbeiterkandidaten

## Wahl revolutionärer Vertrauensleute — Gauleiter Diering hofft sich eine Wühlr

Peisterwig. Am 7. d. M. fand hier die Vorarbeiterversammlung statt, zu welcher der reformistische Gauleiter Diering erschienen war. Vorher noch beantragt, jedoch bei Beginn der Versammlung, den Tagesbericht der bisherigen Versammlung auf die Tagesordnung zu legen. Die Abstimmung ergab Stimmenmehrheit. Trotz dem die Tagesordnung in ihrer alten Fassung blieb, nahm Diering doch die Gelegenheit wahr, um mit dem bisherigen Vorarbeitenrat und besonders dem reformistischen Pörsch abzurechnen. Er schied hierbei den Verrat der Bürokratie auf und wies auf den Fall der amtsdienlichen Kollegen.

Am Hauptabend ging Diering in der Rede, die er gegen die RGD auf und führte nicht die angekündigten Punkte, sondern die Reformisten. Das Regiments, selbst zu noch, daß man zu neuen Ausführungen dem Kollegen nicht das Wort erheben wollte. Jedoch erzwang er es sich und redete sehr mit ihm ab. Für den Wahl des Vertrauensleute wurden die Vorarbeitenrat gewählt. Nach erhielt eine Stimme mehr als die anderen. Im zweiten Wahlgang erhielt sich die Mehrheit. Jetzt war Diering aus dem Säulsaal und erklärte, er werde nicht beständig werden und drehte bereits an die Festschritte nach Diering zu verlegen. Hier wagt es sich ganz deutlich, um die Spalter anzu, und die Kollegen haben in der letzten Hälfte dem Pörsch zu verzeihen, daß er hinter dem Rücken nach ihnen werden. Jetzt veränderte es Diering mit ihm und wollte noch sein Wort sagen, aber er wurde nicht zugehört werden konnte.

Die Kollegen mußten geschlafen unter dem Namen gewählten neuen Vorarbeitenrat haben und alle Anschläge der reformistischen Bürokratie, mit denselben Methoden zu vermeiden, um zu der einheitlichen Arbeitschicht abzuholen. Die dürfen aber dabei zurückbleiben, mit denselben Methoden zu vermeiden, mit denen der Vorarbeitenrat.

Am Schluß der Versammlung begrüßte die Kollegen der Arbeiterkandidat des roten Reichspräsidentenwahlkandidaten Ernst Thälmann und erbot, alle Kräfte für die Wahl desselben einzusetzen.

## Furchtbare Kindermißhandlungen beim Religionsunterricht

Peisterwig. Wir berichten schon von einigen Tagen vor, der Pruzellerer Jagella in Peisterwig, hat sich in der vergangenen Woche ein Verbrechen nach dem anderen begangen. Er hat die Kinder „Gehere“ erziehen sein Amt verübt. Der Lehrer Jagella an der Volksschule in Peisterwig erregt durch Mißhandlung die tiefste Empörung der Eltern und Kinder.

Nach Mitteilung aus Guterzweien sind die Schulkinder Jagellas eine einzige Qual für die Kinder. Es wird folgender Fall beispielhaft angeführt:

Als ein elfjähriger Junge beim Auffagen des Glaubensbeken-

nisses (!) Reden blieb, schlug Jagella so lange auf den Jungen mit einem Stock ein, bis derselbe zerbrochen war. Vor ihm darüber lag der Lehrer den Jungen an den Haaren und schleuderte ihn an die Wandtafel. Schließlich warf er den Jungen auf den Fußboden und schlug auch dort noch auf ihn ein.

Die kommunistische Landtagsaktion hat auf Grund dieses Falles eine kleine Anfrage an das Staatsministerium gestellt, ob es bereits sei, den Lehrer Jagella, der selbst das noch immer beherrschende Zuchtungsrecht plötzlich überschreitet, aus dem Amt zu entfernen, und erhielt folgenden Bescheid:

„Wegen des Schulkammschwerer Jagella ist wegen Uebertretung der Vorschriften über die Zuchtigung von Schulkindern schon von der zuständigen Regierung das Erforderliche beantragt worden. Falls er weiterhin in beträchtlicher Menge Anlaß geben sollte, wird er von der Stelle der Schulkammschwerer getrennt werden.“

Allerdings müßten die Arbeiterkandidaten sich fragen, ob sie ihren Kandidaten im Handumdrehen getrennt wird. Die Antwort der Staatsregierung muß also für die Arbeiterkandidaten ein schlechtes Beispiel sein!

## MASCH

Dienstag, 20 Uhr: Kaffeeabend, Grotzsch, Sch. welcher am letzten Montagabend durch Krankheit verhindert war, ist diesmal bestimmt da. Alle wichtigen Tische- und Nachschub sind zur üblichen Zeit fertig und werden von 7 bis 11 Uhr abgeholt.

Mittwoch, 20 Uhr: Elementarunterricht des Stadtteils West. Fortbildung des Themas „Anerkennung“ im Lokal Volkshaus, W. — 20 Uhr: Marxismus als Weltanschauung (Fortsetzung). Teilnehmer können sich noch melden!

Donnerstag, 18 Uhr: Anfängerkursus. Buchführung für Anfänger. Es werden die einfache und doppelte Buchführung behandelt. — 20 Uhr: Anfängerkursus Reichstagswahl.

Freitag, 18 Uhr: Kurios-Deutsch (Redaktionsredaktion, Tag und Nacht, Besprechung). Zweite Ausbildung zum Arbeiterkandidaten müßten sie zur Zeitung überwinden können. — 20 Uhr: wägen Anwesenheit für Anfänger.

Alle Karte für den, wenn nicht anders angegeben, in unteren neuen Kurieren, Wägenstraße 11, I. Etage, rechtlich, stellt.

Sonntag, den 21. Februar, vormittags 10 und 11 Uhr: Politische der Anatomie unter fachkundiger Führung. Treffpunkt: Magistrate an der Anatomie. Aufnahmefähigkeit 15 Pfennig, bei Sperrkarte 10 Pfennig.

## Solidaritätsverlosung

Die Ziehung der Solidaritätsverlosung der Roten Hilfe, die ursprünglich am 15. Januar dieses Jahres stattfinden sollte, wird am Montag, dem 29. Februar, 18 Uhr, im „Bergteiler“, Breslau, Mercklauststraße, steigen.

Bestimmtheits für den vollständigen Teil Grobina und Lokales: Rudolf Ortel, Breslau, — die neuen Seiten: Alfred Gendrich, Berlin — für Inserate: Albert Gellman, Breslau. — Verlag und Druck: Schiefer Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 60.

**LIEBICH**  
Die NEUEN Sensationen

**Hylt-Trio**  
Prima-Ballerinen v. Covent Garden, London

**2 Svergalis** der verbiffende Gedächtnisakt!

**Luziano** Harmonik-Wunder Die Welt hoch auf über Prof. Pallas

**Quo Fip** Die Welt hoch auf über Prof. Pallas

**Singing Five**

**Glower Brothers**  
die un-ar. Kautschuk-Männer

**4 Wilkings** exotische Sportsiele!

**Carl NAPP**  
mit völlig neuem Repertoire:  
1000 Witze und die Burleske

**Reservemann Knautschke**  
mit eigenem Ensemble

**Miss Athéa** Gymnastik am laufenden Band

Preise von 50 Pf. bis 3.50 Rm.

**Gesucht sofort**  
werden noch ein- bis drei Pers. z. Beschäftigung in Maschinen- u. Holzwerkst. Wir bieten d. Rückkauf d. Fertigs. Ware garant. laufend, hohen Verdienst. Kein Risiko u. Vorkenntnis, nur kleine Sicherheit, erst ab. Verlang. Sie selbst. Grüttschka-Kunst, Fr. J. Kerstian & Co. Berlin-Halensee 232. Leberant von Behörden.

**PLAKATE**  
und alle anderen Drucksachen

**FORTSCHRITT AG, FIL. BRESLAU**  
Trebnitzer Str. 50  
Telephon 464 55

**Inserate**  
haben in unserer Zeitung den besten Erfolg

**Ton-Kino gewerkschaftshaus**  
Lichtspiele  
Margaretenstr. 17

Täglich ab 4.30 Uhr Letzte Vorstellung 8.30 Uhr  
Bis Donnerstag, den 18. Februar

**„Der Tanz geht weiter“**  
mit Wilhelm Dieckert. Ein Kriminal-Film, der den Zuschauer in dauernder Spannung hält.  
Dazu das reichhaltige Beiprogramm

Vorschau: Ab Freitag, den 19. Februar  
**„Frauen in Gefahr“ (Opernredoute)**

**Es ist durchaus nicht gleichgültig, ob Sie irgendeine 31 Pfennig-Zigarette oder ob Sie CLUB 31 rauchen. Seien Sie überzeugt, dass Millionen Raucher genau wissen, weshalb sie ausdrücklich CLUB 31 verlangen!**

**CLUB 31**

# Genosse Litwinow verkündet die Friedenspolitik der Sowjetmacht

## Die Sowjetdelegation fordert vollständige Abrüstung — Den Kriegsverbrechern die Maste vom Gesicht gerissen! — Nur die Kommunisten bringen den Frieden!

Genosse Magim Litwinow, Volkskommissar des Auswärtigen der Sowjetunion und Führer der Delegation des sozialistischen Arbeiters und Bauernstaates, hielt, wie wir bereits kurz gemeldet haben, auf der Abrüstungskonferenz in Genf eine Rede, in der er die völlige und allgemeine Abrüstung fordert. Nachstehend bringen wir einen Auszug aus der Rede, die bei allen proletarischen und werktätigen Gegnern des imperialistischen Krieges einen starken Widerhall finden wird.

Die ersten Worte des Delegierten der Sowjetunion waren darauf gerichtet, an die Vertretungen der Völkermassen zu erinnern, die den Frieden fordern: Nach der Ansicht der Delegation der Sowjetunion können diese Forderungen durch die Stabilisierung oder eine unbedeutende Einschränkung der Rüstungen nicht befriedigt werden, sondern nur dadurch, daß man das Mittel findet, dem Krieg ein Ende zu bereiten.

Genosse Litwinow legte darauf die Absichten der Delegation der Sowjetunion auseinander:

Nicht formelle Konventionen oder ein Druck von außen her sind es, die die Sowjetregierung dazu verpflichten, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Schon von den ersten Tagen ihres Daseins angefangen, hat sie, nicht nur in Worten, sondern auch in Handlungen, den Krieg als Instrument der nationalen Politik verurteilt. Sie hat sich gegen die Kriegskontributionen und gegen die Annexionen, gegen die Unterdrückung gewisser Völker durch andere ausgesprochen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet.

Seit damals ist sie von ihrer Politik der friedlichen und lokalen Zusammenarbeit mit den anderen Ländern nicht abgegangen. Sie hat die Unterhaltung irgendeiner bewaffneten Kraft niemals als eine unvermeidliche Notwendigkeit betrachtet und tut dies auch jetzt noch. Schon bei ihrem ersten Auftreten auf der internationalen Konferenz in Genf vor zehn Jahren hat sie die vollständige und allgemeine Abrüstung vorgeschlagen. Sie hat diesen Vorschlag vom dem Augenblick an wieder aufgenommen, in dem sie sich an den Vorbereitenden Kommission dieser Konferenz beteiligte.

Genosse Litwinow erinnert darauf an die Bemerkungen, die die Delegation der Sowjetunion im Verlaufe der Arbeiten der Vorbereitenden Kommission entfallen hat. Damals habe man die Wærungen dieser Delegation über die unmittelbare Möglichkeit eines neuen Krieges als überflüssig gegessen. Man habe ihr gesagt, daß man zunächst die „Sicherheit“ schaffen müsse, und daß diese „Sicherheit“ durch ein System von Verträgen und Protokollen erzielt werden könne.

Man bestünde sich heute zwei Staaten, die untereinander durch den Völkerbund und den Pariser Pakt von 1929 verbunden sind, die Tatsachen schon seit fünf Monaten im Grund der Tatsachen schon seit fünf Monaten im Kriegszustand. Der Krieg ist noch nicht beim Stillstand eingetreten und begünstigt worden, aber große Provokationen dieser Staaten sind von Truppen des anderen bezeugt, und zwischen den regulären Armeen der beiden Länder haben Kämpfe stattgefunden, an denen sich alle Waffengattungen beteiligten, und deren Opfer sich auf Tausende Tote und Verwundete beziffern.

### Der Krieg ist bereits da

Kann man aber kein, daß nicht ähnliche Vorfälle in anderen Teilen der Welt ausbrechen? Was kann dies verhindern? Die internationalen Organisationen und die Pakte? Aber diese Organisationen und diese Pakte hätten den Krieg im Fernen Osten weder verhindern noch aufhalten können. Die öffentliche Meinung? Aber die öffentliche Meinung, wie sie in der Presse oder in den öffentlichen Organisationen zum Ausdruck gelangt, bediene die abweichenden Interessen der verschiedenen Länder und innerhalb dieser Länder die Interessen verschiedener kapitalistischer Gruppen.

Studen nicht etwa die Gewalttaten, die sich vor unseren Augen im Fernen Osten abspielen, in der Presse, sogar in jeder der nicht unmittelbar interessierten Länder, ihre Verteidiger und sogar ihre Helfer? Hat nicht etwa die europäische und amerikanische Presse in der letzten Zeit Artikel gebracht, die die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Ausbreitung des Frankes des Fernen Ostens versicherten, indem sie sogar den Krieg als eine Lösung der gegenwärtigen Krise ansehen?

Die Einschränkung der Rüstungen ist ebenfalls nicht dazu leitend, den Krieg zu verhindern, wenn alle Staaten jenen gegenseitig gegnend mit Waffen ausgestattet, um einen bevorstehenden Krieg zu führen, demgegenüber der letzte Weltkrieg einem Kataklysmus gleichläufig.

Man muß sich nicht wiederholen, daß der Meinung der Delegation nicht die zu lösende Frage in folgender Formulierung zusammengefaßt werden kann, die der Ausdruck der Volksforderungen ist: Jener Forderungen, die meine Delegation vertritt:

### Bewertung des Lardien-Vorschlages

Genosse Litwinow unterzieht darauf den französischen Vorschlag einer eingehenden Kritik und einer entschiedenen Zurückweisung.

Vor allem stellt er fest, daß der französische Vorschlag vom Standpunkt der Herabsetzung der Rüstungen die Konferenz ihrem Ziele nicht näherbringt, weil er seitens Frankreichs eine Vorbedingung für jegliche Einschränkung der Rüstungen bildet:

Man muß in Betracht ziehen, daß diese Vorschläge die Entwicklung und die Materialisierung dessen sind, was man das Genfer Protokoll nennt, das sieben Jahre lang auf der Tagesordnung des Völkerbundes gestanden und so viele Diskussionen hervorgerufen hat, die zu keiner Lösung geführt haben. Nichts berechtigt uns zum Glauben, daß dieses Protokoll, bis zu seinem logischen Schluß vorgetrieben, jetzt mehr Stimmen auf sich vereinigen werde als zuvor.

Der französische Vorschlag könne nur die eine Folge haben, die Diskussion über die Schaffung eines neuen internationalen

Organismus, über die Schaffung einer neuen Säkung und neuer Vorschriften über die Verwendung der internationalen Armeen, über die Feststellung des Angreifers, kurzum alle Diskussionen wieder hervorzurufen, die seit zehn Jahren erfolglos im Völkerbund geführt worden sind. Das Ergebnis ist, daß ein derartiger Vorschlag nur die Untersuchung der Abrüstungsfrage um einige Jahre oder Dutzende von Jahren verschieben könne. Was ist denn das Wesen der französischen Vorschläge?

Man würde eine Armee, sagen wir von einigen hunderttausend entsprechend ausgestatteten Mann schaffen, deren Rolle darin bestünde, den Armeen des Staates, der als das „Opfer eines Angriffs“ anerkannt wäre, Hilfe zu leisten. Bedenkt dies, daß der Staat, der einen Angriff plant, zwangsläufig darauf verzichtet wird? Viele Staaten haben in der Vergangenheit die Evidenz eines Krieges gegen mehr als ein Land zugleich in Betracht ziehen müssen, diese Ansicht hat sie aber doch nicht von der Verfolgung ihrer kriegerischen Pläne abgehalten. Ein solcher Staat sicherte sich die Mithilfe von Verbündeten, oder aber er stellte sein Rüstungsprogramm unter Berechnung der etwaigen Streitkräfte des Gegners auf, dem er entgegenzutreten hätte. In dem Falle, der uns beschäftigt, wird der Angreifer in seine Berechnungen nur noch die Kräfte der internationalen Armee mit einzubeziehen haben.

Nehmen wir jetzt an, daß ein machtvoller Staat, der imstande ist, in Kriegszeiten eine Armee von mehreren Millionen Mann einzuziehen, einen Staat angreift, der ihm an Stärke beträchtlich unterlegen ist. Es ist absolut offensichtlich, daß einige hunderttausend Mann mehr, die dem schwächeren Land zur Seite gestellt werden, keine entscheidende Bedeutung besitzen können, und es wird sich erweisen, daß die internationale Armee, weit davon entfernt, den Angriff zu verhindern zu können, nicht einmal immer dem Land, das sich gegen den Angreifer verteidigt, den Erfolg gewährleisten kann.

### Es gibt keine kapitalistische Garantie gegen Krieg

Wo aber sind die Bürgschaften, daß diese internationale Armee wirklich eingesetzt werde, daß sie rechtzeitig eingesetzt werde, ehe der Schwächere in dem im Gang befindlichen Streit endgültig zerschmettert ist? Wo sind die Bürgschaften, daß der Angreifer wirklich aufgedeckt und wirklich dort aufgedeckt werde, wo er sich in der Tat befindet?

Ich stelle folgende Fragen: Wenn ein Konflikt ausbricht, welcher Art sind die Garantien, daß ein internationaler Organismus, ein alter oder ein neuer, der über die Kräfte der internationalen Armee verfügt, den Angreifer zu bestimmen imstande und willens sein wird? Es wäre für diesen Organismus denn doch zu schwer, gleichzeitig die beiden Parteien zu bombardieren, um sicher zu sein, den Angreifer zu fassen. Welcher Art sind, so frage ich, die Bürgschaften dafür, daß ein neuer internationaler Organismus oder daß ein bestehender Organismus, dessen materielle Kraft man verstärkt hätte, imstande und willens sein wird, seine Kraft anzuwenden, um den Schwächeren zu verteidigen, um jenen zu schützen, der sich gegen jenen wehrt, der angreift? Wie kann man angesichts der Tatsache, daß der nationale Egoismus besteht, dafür garantieren, daß eine internationale Armee nicht im Interesse dieses oder jenes Staates verwendet werden wird, der sich durch Sonderbündnisse, Verträge und Abkommen die Vorherrschaft innerhalb eines internationalen Organismus gesichert haben wird? Die französischen Vorschläge sagen nichts über das Verbot derartigen Bündnisse.

Nachdem Genosse Litwinow daran erinnert hatte, daß die Frage einer internationalen Armee bereits vor 13 Jahren aufgeworfen und vom Völkerbund ablehnend erledigt worden ist, fügte er hinzu:

### Frankreichs Plan bedroht die Sowjetunion

Ich lege die Frage offen, ob man von der Sowjetunion irgend etwas, daß sie die Sorge für ihre Sicherheit und die eines Teils ihrer Truppen einem internationalen Organismus anvertrauen, dessen ungeheures Mehrteil aus Staaten besteht, die ihr offen feindlich gesinnt sind und aus Feindschaft keine Feindschaft mit ihr unterhalten.

Man kann eher erwarten, daß die Arbeiter und die Bauern der Sowjetunion der Ansicht sind, daß die Schaffung einer internationalen Armee unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur eine Bedrohung ihres Landes bedeuten kann.

Ich muß offen sagen, daß aus diesem Grunde, vom Standpunkt der Sicherheit gegen den Krieg, die französischen Vorschläge uns mit ernstesten Zweifeln erfüllen. Der einzige sichere und unfehlbare Weg, der zur Lösung der Frage der Organisation des Friedens führt, ist jener, den die Delegation der Sowjetunion empfiehlt, der Weg der vollständigen und allgemeinen Abrüstung.

### Die Sowjetunion hat vollständige Abrüstung vorgeschlagen

Genosse Litwinow erinnert an den Antrag auf allgemeine Abrüstung, den die Delegation der Sowjetunion in der Vorbereitenden Kommission formuliert hat: Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung unterwirft sich von allen anderen Plänen durch seine Einfachheit, seine leichte Durchführung und die Möglichkeit der Kontrolle. Er bezieht alle heiklen Fragen, die dem Mißerfolg zahlreicher Konferenzen vorläufig hatten. Er läßt alle Gleichheit und Sicherheit.

### Ein Minimal-Abrüstungsvorschlag

Genosse Litwinow verweist sodann darauf, daß die Delegation der Sowjetunion in ihrem zweiten Abkommensentwurf das Verbot der aggressivsten Rüstungskategorien vorgeschlagen habe, vor allem der Tanks und der weittragenden Schwerkartillerie, der Kriegsschiffe von mehr als 10.000 Tonnen, der Schiffsartillerie mit mehr als 12 Zoll Kaliber, der leichten Militärartillerie, der schweren

Bombenflugzeuge, der Vorräte von Fliegerbomben und anderen durch Flugzeuge beförderten Zerstörungsmitteln, der Apparate und der Einrichtungen für den chemischen, bakteriologischen und Brandstiftungsangriff.

Die Delegation der Sowjetunion habe das Verbot der Luftbombardierung in absoluter Weise und nicht nur außerhalb der Grenzen einer seitgeschichten Zone, das Verbot der Mittel des chemischen Krieges und ihrer Vorbereitung in Friedenszeiten beantragt. Alle diese Vorschläge blieben für die gegenwärtige Konferenz in Geltung.

Die Delegation der Sowjetunion wird auf das dringendste die progressive und proportionale Methode vorschlagen, da sie die objektive und gerechteste in bezug auf die Einschränkung der Rüstungen ist, wobei sie Erleichterungen und Ausnahmen zugunsten der von einem Angriff bedrohten schwächsten Länder fordert.

Sie wird wärmstens alle Vorschläge unterstützen, die sich den ihrigen nähern oder sie sogar übertreffen. Sie wird die Rechtsgleichheit aller Mitglieder der Konferenz und die gleiche Sicherheit für alle Länder unterstützen.

### Die Sowjetunion von allen Seiten bedroht

In bezug auf die Sicherheit befindet sich das Land, das ich vertrete, in der bedrohlichsten Lage. Vor 14 Jahren war es der Gegenstand bewaffneter Angriffe auf alle seine Grenzen. Seit 14 Jahren ist es die Zielscheibe unerhörter Verleumdungen, endloser Lügen- und Feindschaftskampagnen.

Eine sehr große Anzahl von Staaten, unter denen sich eine der ersten Flottenmächte befindet, verheißt nicht die Feindseligkeit, die sie uns gegenüber hegt, indem sie sich weigert, friedliche und normale Beziehungen zu unterhalten. Mehrere Länder, die mit der Sowjetunion normale Beziehungen hergestellt haben, weigern sich, die Nichtangriffspakte zu ratifizieren, die wir vorgeschlagen haben.

Die Ereignisse im Fernen Osten, die ein allgemeines Unbehagen herbeiführen, rufen ganz natürlich in der Sowjetunion, die an den Schauplatz dieser Ereignisse grenzt, auf dem gewaltigen Armeen operieren und auf dem die gegenrevolutionären Abenteuer der weißen Emigration ihre Kräfte mobilisieren, besondere Beunruhigung hervor.

Trotz alledem bin ich ermächtigt, hier zu erklären, daß das Land, das ich vertrete, bereit ist, in dem gleichen Ausmaße und mit der gleichen Schnelligkeit abzurufen, in denen dies die anderen Mächte zu machen geneigt sein werden, und im besonderen jene, die mit der Sowjetunion gemeinsame Grenzen haben.

Ich halte es für meine Pflicht, hier noch einmal hervorzuheben, daß keine Maßnahme, die der Herabsetzung der Rüstungen zum Ziel hat, den Forderungen der gegenwärtigen Stunde entsprechen würde.

### Sowjet-Resolution für Abrüstung

Die Frage, die erste, sei nicht die einer Herabsetzung der Kriegsbudgets, sondern die der Organisation der Sicherheit gegen den Krieg. Die Frage könne nur durch Abrüstung gelöst werden. Die Sowjetregierung werde in diesem Sinne eine Resolution einbringen.

Genosse Litwinow schloß seine Rede mit folgenden Ausführungen:

### Ziel der Sowjetunion ist: Friedlicher Aufbau des Sozialismus!

Das einzige Ziel der Sowjetunion ist der Aufbau des Sozialismus auf dem Gebiet der Sowjetunion. Angesichts der gescheiterten Durchführung des ersten Fünfjahresplanes nach den ungeheuren Erfolgen, die bereits auf allen Gebieten der Volkswirtschaft erzielt worden sind, ist die Delegation der Sowjetunion der Ansicht, daß es absolut bewiesen und der ganzen Welt offensichtlich sein muß, daß zur Verwirklichung der auf diese Weise gestellten Fragen die Sowjetunion weder einer Vergrößerung des Territoriums noch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder bedarf.

Gerade deshalb bedarf sie nicht der Unterhaltung eines Landheeres, eines Seeheeres oder einer Luftflotte. Indessen muß unsere Regierung die Sicherheit haben, daß das Gebiet der Sowjetunion andererseits nicht der Gegenstand eines Angriffs sein wird, daß sich die anderen Länder nicht in seine inneren Angelegenheiten einmischen werden, und daß der friedliche Wiederaufbau seiner Volkswirtschaft nicht von außen her gestört wird. Sie wird diese Sicherheit erst dann haben, wenn auch die anderen Länder auf ihre Rüstungen verzichten haben werden.

Angesichts der unerhörten Wirtschaftskrise, die die ganze Welt erleidet, einer Krise, die das Gefüge des kapitalistischen Systems erschüttert, müssen die Völkermassen, die mehr denn je unter der Arbeitslosigkeit, unter der Herabsetzung der Löhne leiden und Opfer neuer Wirtschaftskatastrophen zu werden riskieren, deren Lasten die herrschenden Klassen ihnen auferlegen gemohnt sind, vor der Gefahr einer militärischen Katastrophe behütet werden, deren Drohung immer unmittelbar bevorstehend wird.

Die Delegation der Sowjetunion weiß sehr wohl, daß nur der vollständige Sieg der Grundsätze des Sozialismus die höchste Bürgschaft des Friedens bringen und den Ursachen, die die bewaffneten Zusammenstöße herbeiführen, ein Ende bereiten wird. Solange aber diese Grundsätze nur auf dem sechsten Teil der Erde vorherrschen, gibt es nur ein einziges Mittel, die Sicherheit gegen den Krieg zu gewährleisten, und zwar die allgemeine und vollständige Abrüstung. Die Tatsache, daß ihr Vorschlag von einem Lande herrührt, das 1/6 der Weltbevölkerung zählt, ist ein ausreichender Beweis für die Mäßigkeit seiner Begründung.

# Der imper.äussliche Gewaltstreich in Memel

Genf, 15. Febr. Sonnabend wurde im Völkerbundsrat die Memelfrage behandelt. Nachdem Bülow als Vertreter Deutschlands und Janinius als Vertreter Litauens gesprochen hatten, wurde die Frage dem juristischen Ausschuss überwiesen.

Wir haben schon kurz darauf hingewiesen, daß hinter Litauen die imperialistischen Kräfte des Westens stehen. Wenn Litauen nach Memel einmarschiert ist und sich dieser deutschen Hafenstadt bemächtigt, so tut es das nur im Einvernehmen mit den imperialistischen Mächten. Hier in Deutschland schlagen hoch die nationalen Bogen um die Memelfrage. Die deutsch-nationale „Königsberger Allgemeine Zeitung“ fordert sogar die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach dem Memelgebiet.

Um was geht es da? In dem Bilde um die Sowjetunion, der sich von Finnland bis zum Schwarzen Meer erstreckt, hat Litauen eine Ausnahmestellung eingenommen. Durch die Tatsache, daß Polen letzterzeit Warschau, die Hauptstadt Litauens, geraubt und sich einverleibt hat, geriet Litauen in eine gegnerische Stellung zu Polen und damit auch zu den hinter Polen stehenden imperialistischen Mächten, Frankreich und England. Es bildet dadurch gewissermaßen eine Lücke in dem Ring um die Sowjetunion.

Vor kurzem wurde der Nichtangriffspakt zwischen Polen und der Sowjetunion unterzeichnet. Dieser Nichtangriffspakt ist noch nicht in Kraft. Er muß erst von den betreffenden Regierungen ratifiziert werden. Polen macht im Einvernehmen mit Frankreich die Ratifizierung von der Unterzeichnung eines gleichlautenden Paktes zwischen der Sowjetunion und Rumänien abhängig. Rumänien stellt aber bekanntlich solche Forderungen, die das Zustandekommen eines solchen Paktes unmöglich machen.

Nun sind die imperialistischen Mächte bestrebt, den Ring um die Sowjetunion zu schließen. Dazu ist notwendig, eine Verständigung zwischen Litauen und Polen herbeizuführen. In den letzten Monaten hat Litauen von England eine Anleihe erhalten. Dadurch war England und mit ihm auch Frankreich in der Lage, auf Litauen einen Druck in antisowjetischer Richtung auszuüben. Um Litauen mit Polen zu versöhnen und es so der Antisowjetfront einzuverleiben, ist es notwendig, ihm einen Ersatz für das verlorene Warschau zu bieten. Und diesen Ersatz bildet Memel.

Aber der Einmarsch der Litauer nach Memel hat noch einen anderen Zweck. Memel ist eine wichtige Hafenstadt und als solche ein bedeutendes Wirtschaftszentrum gegen die Sowjetunion. In einem Moment, wo Litauen eingereicht wird in die Antisowjetfront, ist es für die imperialistischen Mächte von besonderer Wichtigkeit, daß sich Memel im Besitz Litauens befindet, wodurch es vollständig unter der Kontrolle dieser imperialistischen Mächte steht.

Die Lage der Arbeiterschaft in Memel, die auch bisher furchtbar unterdrückt wurde, ist eine sehr schwierige. Die Memeler Arbeiter werden jetzt noch mehr den doppelten Druck der sozialen und nationalen Unterdrückung zu spüren bekommen.

Die Stellung der Kommunisten zur Memelfrage ist gegeben durch das von der Kommunistischen Partei Deutschlands am 24. August 1930 erlassene Manifest zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Kampf sowohl gegen die litauischen Unterdrücker als auch gegen die deutschen Nationalisten. Beide sind die Feinde des werktätigen Volkes.

Es ist notwendig, gerade in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß solche Ereignisse wie sie sich in Memel abspielen, nur unter der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung möglich sind. In der Sowjetunion, wo das Proletariat an der Macht ist, ist die nationale Befreiung für alle Völker, die auf ihrem Territorium leben, restlos durchgeführt.

Mit Kriegsschiffen und Völkerbund läßt sich in der Memelfrage nichts anrichten. Allein der revolutionäre Sieg der Arbeiterschaft und des werktätigen Volkes, geführt von der kommunistischen Partei, sichert dem werktätigen Volke das nationale Selbstbestimmungsrecht und macht solche Ereignisse, wie sie sich gegenwärtig in Memel abspielen, unmöglich.

# Japanische Provokation in Wladimostok

## Betriebspionage japanischer Konsulatsbeamten in Sowjetbetrieb

Moskau, 15. Februar. (Von unserem in der Sowjetunion entsandten W. Berichterhalter.) Zwei Japaner versuchten in einem der größten Betriebe Wladimostoks, eine Schiffswerft, die 15 000 Arbeiter beschäftigt, einzudringen. Der Aufforderung des Wachtpostens, stehenzubleiben, leisteten sie keine Folge. Sie wurden verhaftet und bei der Feststellung ihrer Identität wurden sie als zwei Beamte des japanischen Konsulats identifiziert. Da die beiden Beamten die Immunität besitzen, wurden sie sofort freigelassen.

Der Versuch dieser beiden durch Immunität geschützten Konsulatsbeamten, in diesen Betrieb einzudringen, ist ein alarmierendes Zeichen für die provokatorischen Kriegsabsichten des japanischen Imperialismus. In der gegenwärtigen explosiven Lage im Fernen Osten verdient der Vorfall, die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft auf die japanischen Kriegstreiber zu lenken, die seit nunmehr fünf Monaten

mit einer ungeheuren Grausamkeit und Provokationen den Krieg gegen das chinesische Volk führen, und nichts unversucht lassen, um Krieg auch gegen die Sowjetunion auszuweiten.

Moskau, 13. Februar. Die Presse bringt folgende Widerlegung: Autoritative Kreise melden, daß die Gerüchte über ein geheimes Abkommen zwischen Japan und der Sowjetunion betreffend die Mandchurerei oder irgendwelche Fragen den Tatsachen nicht entsprechen und die Frucht eines offensichtlichen Mißverständnisses sind. Es ist möglich, daß diese erfundenen Gerüchte den Vorschlag der Sowjetunion auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes zur Grundlage haben.

Die autoritativen Kreise melden aber diesbezüglich, daß von der japanischen Regierung bisher keinerlei Antwort auf den Vorschlag der Sowjetunion über einen Nichtangriffspakt, den Genosse Litwinow l. St. Tschiwara gemacht hat, eingelaufen ist.

## Japanische Sozialdemokraten erklären:

# Japans Krieg dient „nationalen Interessen“

## Sozialdemokratische Arbeiter, heraus aus der kriegsverbrecherischen II. Internationale!

Vor kurzem (7. Februar) veröffentlichten wir die Kriegstheorien der japanischen Sozialdemokratischen Partei „Statu Minus“, die der II. Internationale angehängt ist und sich offen auf den Boden des japanischen Imperialismus stellte und in zynischer Weise die Brandstiftung und Bombardierung chinesischer Städte gutheißt. Heute bringen wir den Beschluß der zentralistischen Sozialdemokratischen Partei Japans, „Kono Teishu“, der im vergangenen Oktober auf einer Konferenz gefaßt wurde und in dem es heißt:

„Wir benutzen den gegenwärtigen Moment, um die entscheidende Haltung unserer Partei zur Mandchurerei-Frage zu erklären. Das Vorgehen der japanischen Armee in der Mandchurerei dient keineswegs der Verteidigung kapitalistischer Interessen, sondern ist lediglich eine Notwendigkeit im Interesse der Lösung unserer nationalen Probleme. Infolgedessen unterzeichnet sich die gegenwärtige Lage in der Man-

churerei grundsätzlich vom Vorgang des imperialistischen Krieges.“

Diese Partei erklärt inmitten dem Krachen der Granaten und dem Knattern der Maschinengewehre einfach: Dieser Krieg ist kein Krieg, um damit ihre vollste Unterstützung des japanischen Imperialismus zu verschleiern.

Das ist die Sprache der deutschen sozialdemokratischen Führer von 1914. Wer zweifelt noch daran, daß auch die deutsche Sozialdemokratie, die bereits offen im „Vorwärts“ die Sowjetunion für ein „imperialistisches“ Land erklärt und eine japanische Intervention begrüßt, mit beiden Füßen im Lager der internationalen Kriegsverbrecherischen Bourgeoisie steht?

Sozialdemokratische Arbeiter, heraus aus dieser Partei der Kameradschaftspolitik und Kriegsverbrechen. Nur die kommunistische Partei und ihr Präzidentschaftskandidat Ernst Thälmann sind eure Führer im Kampf gegen imperialistischen Krieg.

## Streits gegen Deportierung in Spanien

Barcelona, 15. Februar. Die Arbeiterschaft von Barcelona und von ganz Katalonien, von Sevilla, Granada und Valencia ist heute in den Streit getreten, als Protest gegen die Deportierung von 200 revolutionären Arbeitern nach Spanisch-Guinea. Diese Deportierung wurde von der sozialdemokratischen spanischen Regierung mit Zustimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten durchgeführt.

Der Berliner „Vorwärts“ stimmte in seiner Ausgabe vom 12. Februar ein Freudengeheul über die Deportierung an. Er schreibt wörtlich: „Die revolutionären Fortschritte werden abgeschoben.“

## Alle in Genf abgelehnten „Aggressiv“-Waffen in Shanghai eingelebt

Genf, 15. Februar. Die Abrüstungskonferenz ist in ihre dritte Woche eingetreten. Seit Tagen marschieren die Vertreter der kleineren Länder auf, um den Standpunkt ihrer jeweiligen Herren darzulegen. Eine glänzende Ironisierung des ganzen Abrüstungstheaters der Kriegstreiber brachte die Rede des Chinesen

Dr. Tscheng, die dieser Vertreter der chinesischen Herrscherregierung selbstverständlich mit tiefen Büdlungen vor den Großmächten und dem Völkerbund abschloß. Tscheng erinnerte daran, daß verschiedene Staaten Verbote der aggressiven Rüstungen verlangt und u. a. Japan (!) sich gegen Bombenangriffe ausgesprochen hätte, und fuhr fort: „Was uns betrifft, so machen wir mit diesen Angriffswaffen seit mehreren Monaten bittere Erfahrungen durch. Die großen Kriegsschiffe, die Tanks, die Schwerkartillerie, die Bombenflugzeuge, alle haben wir am Werk.“

## Die Massen für Sowjetchina

### Rundgebungen in Amerika und England

NeuYork, 15. Februar. In NeuYork fand eine Massenversammlung von über 4000 Arbeitern statt, die gegen den japanischen Überfall auf die chinesischen Werktätigen und gegen die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion protestierten. Es sollen Kampfkomitees gebildet werden. 300 Studenten der NeuYorker Universität organisierten eine Protestdemonstration.

London, 15. Februar. Auf dem Trafalgar-Platz in London veranstalteten 3000 revolutionäre Arbeiter eine Kundgebung gegen den japanischen Imperialismus.



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

## 59 Fortsetzung.

Schreit dann heulend auf. Jan steht am Steuer. Clemens aus Pst. Marie und die Kinder winken aus der Kabine. Aus dem Eckstein des Schleppers quillt schwarzer, schwerer Rauch. Hilde geht mit ihrem Rudel am Ufer entlang, in der Fahrtichtung der Möwe. In der Brücke winkt sie zum letztenmal.

### XIV.

Hilde juchelt mit müden Augen unter den Menschen am Anhalter Bahnhof in Berlin, als Margot häutig auf sie zukommt und ihr die Hände entgegenstreckt. „Kommit ja so anwerhofft. Vor einer Stunde erst erhielt ich dein Telegramm.“ Mutter areist nach dem Gepäde. Sie bestiegen die Ringbahn.

„Du wolltest doch erst nächste Woche kommen?“  
„Meine Wohnung ist mir weggeschwommen, nach Straßburg“, lüchelt Hilde.

„Ist Clemens mitgefahren?“  
„Wo soll er denn bleiben? Er ist gut aufgehoben.“

Die Tür zum Abteil hängt schlendernd vom Wagen des jahrenden Juges ab. Hilde will die Tür zuziehen, da entdeckt sie, daß der Fensterriemen abgesehen ist. Sie will nach den Vorhängen greifen, doch auch diese fehlen. Sie zieht die Tür an der Fensterleiste heran und sieht, daß das Messingstück abgesehraubt ist. Sie geht durch den Seitengang in das andere Abteil und überzeugt sich, daß Fensterriemen und Vorhänge ebenfalls fehlen, auch das Gepäde ist abgezogen. Sie muß lachen. „Da hat einer Nachtsicht gemacht. Der ist bloß nicht ganz fertig geworden.“

Sie steigen in einen andern Wagen um, vorbei an den Wagen zweiter Klasse. Von einigen Polsterfüßen sind die Bezüge abgetrennt. „Da hat sich jemand den Weg ins heilige Gebiet gewahrt. Das gibt auch ganz schöne Anzüge.“

„Das ist bald nicht mehr zum Lachen“, erwidert Margot. „Sie schrauben ja schon die Türklinten an den Häutern ab. Aber die Not nimmt ja auch überhand.“

Hilde fragt, was es Neues gibt. Margot erzählt: „Karls Strafe ist unter die Amnestie gefallen. Ob wir ihnen eine Wohnung beschaffen könnten.“

„Hast du schon geantwortet?“  
„Ich war auf dem Wohnungsamt, da sagten sie, daß ihr früherer Antrag auf eine Wohnung hinwies, weil sie Berlin verlassen haben.“

„Wir müssen sehen“, sagt Hilde. „Ich werde versuchen, etwas zu bekommen, vielleicht vorerst ein leeres Zimmer.“

Sie steigen aus. Als Herbert von der Schule kam, lag der Tisch in der Stube noch voll „Hamsterware“, die Hilde mitgebracht hatte. Dazwischen der Stoff für seinen Schulentlassungsanzug. Hilde sagte:

„Das ist französischer Militärstoff. Sag das niemandem, sonst verhaften sie dich.“

Herbert befühlte ihn. „Hoffentlich ist er besser als der deutsche Besten Dank auch, Schwesterchen!“

Albert hat Lohntag. Er legt, sein säuberlich gebündelt, neben und neunzigtausend Mark auf den Tisch. Mutter gibt Herbert einige Pakete der gebündelten Banknoten: „Nimm, was du kriegen kannst, Hauptsache, Brot, Margarine und Kartoffeln. Das andere besorge ich schon.“ Herbert legt an seinem Zeigefinger, um abzuzählen. Mutter beschwört ihn: „Zähl doch nicht erst, Junge! Die Tausender steckst du extra. Auf den anderen Paketen steht doch drauf, wieviel es ist. Sieh' zu, daß du erst den kleinen Dred, die Fünfziger und Hunderte, los wirfst.“

### ★

Hilde blieb schweigend und grübelnd auf dem Sofa sitzen. Kurz darauf drang Lärm von der Straße herauf. Hilde sprang auf und sah durchs Fenster, wie Polizisten einen Menschenhaufen vor sich herjagten. Eine Frau drehte sich kreiselnd um sich selbst, tortelte an einen Baum und fiel auf das Pflaster.

Als die Polizei wieder verschwunden war, kamen die Frauen und Männer, die geprügelt waren oder sich in den Häutern verdeckt hielten, zögernd zum Vorschein und halfen der Frau auf die Beine. Einige sammelten die Ware auf, die ihr entfallen war. Die Frau jedoch konnte nicht gehen, sank immer wieder in die Knie. Hilde rannte auf die Straße und erkannte in der Nieder-

geschlagenen Frau Wanjesow. Dann kam auch Margot. Sie versuchten, Frau Wanjesow in ihre Wohnung zu führen. Aber diese hielt schon nach einigen Schritten erschöpft inne und stöhnte: „Ah — ah — ah oh!“ Immer dieses Ah — ah — oh! Auf seine Frage gab sie Antwort. Hilde sah durch die dünne Bluse zwei rot aufgelaufene Schwellungen über dem Rücken. Als sie dann mit Mühe die vier Treppen hochgeschleppt hatten und auf das Sofa zu legen suchten, schrie sie plötzlich laut und abgerissen auf. Die Kinder kamen erschrocken aus der Küche geläufen.

„Wo ist ihr Mann?“ fragte Margot.

„Auf Arbeit. — Geht nur. — Danke. — Wird schon gehen jetzt. — — — — —“ brach sie jäh ab und sackte zusammen.

„Sie müssen ins Bett, Frau Wanjesow!“ sagte Margot. „Du mußt einen Arzt holen, Hilde!“

Frau Wanjesow fügte sich apathisch. „Wenn ich nur wüßte, was ich ihnen zur Nacht geben sollte?“ Sie meinte die Kinder, die Margot wieder in die Küche geführt und gebeten hatte, zu warten, bis Mutter im Bett und der Arzt dagewesen sei. „Wollte ich leben, daß ich noch ein paar Kartoffeln bekam, da kamen die Grünen. Ich wüßte gar nicht, was los ist. Au — ah — aua!“

„Legen Sie sich jetzt hin. Ich hab noch was unten.“ Margot überlegte, was in den Beuteln ist, die auf dem Tisch liegen. „Ich hab noch Reis unten, der ist bald weich.“

Nun wollte Frau Wanjesow aus dem Bett springen. Ihr Gesicht war erschreckend entstellt, ihre Augen aufgerissen wie in tödlicher Angst. Margot rang mit ihr und beschwor sie: „Frau Wanjesow, ich bitte Sie, denken Sie an Ihre Kinder!“ Diese kamen nun wieder aus der Küche, die beiden Kleinen meinten laut. Nur mit Mühe konnte Margot die Kranke wieder ins Bett bringen.

Doch diese Anfälle folgten nun Schlag auf Schlag. Margot mußte noch Frau Lersch bitten, mit ihr bei der Kranken zu bleiben, bis der Arzt kommt. Dann setzte sie Reis auf und beruhigte die Kinder. Das Kleinsten war jedoch auch durch Schokolade nicht zu beruhigen. „Mutti soll nicht sterben“, bettelte die Vierjährige, als läge Leben und Sterben in Margots Macht.

Endlich, nach einer Stunde, kam Hilde.

Ohne Arzt.  
„Keiner aufzutreiben“, sagte sie. Dr. Herweg kann erst in einer Stunde hier sein.“

(Fortsetzung folgt.)

